

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Nato-Krieg in Afghanistan: Eskalation oder Rückzu – eine andere Alternative gibt es nicht – S. 4*
- *Parteitag Linke.PDS: Demokratischer Sozialismus – warum eigentlich nicht? – S. 7*
- *Freiburg: Wie weiter nach dem Bürgerentscheid gegen den Wohnungsverkauf? – S. 12*
- *Bundesweite Streiks bei der Allianz-Versicherung – S. 15*
- *Klaus Jünschke zum Tod eines jungen Häftlings im Gefängnis Siegburg – S. 19*

Ausgabe Nr. 24 am 1. Dezember 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Streit um Hermes-Prämien

Handelsblatt, 22.11., rül. Um die Exportversicherungsanstalt Hermes Kreditversicherung gibt es nicht nur Streit um einzelne Bürgschaften, beispielsweise, wenn mit Mitteln der Hermes-Versicherung Geschäfte von deutschen Bau- und Kraftwerksunternehmen bei umstrittenen Kraftwerksprojekten im Ausland wie dem Ilisu-Staudamm in der Türkei abgesichert werden. Auslands-geschäfte deutscher Konzerne von 117 Milliarden Euro sind derzeit über „Hermes“ abgesichert. Jetzt gibt es Streit um die Prämien. Die Wirtschaftsverbände fordern von der staatlichen Hermes-Versicherung eine Senkung der Prämien. Hintergrund sind wachsende Überschüsse in den letzten Jahren. Im Zeitraum 1983 bis 1998 hatte die Hermes-Versicherung wegen hoher Zahlungsausfälle, z.B. im Geschäft mit arabischen und afrikanischen Ländern, aber auch mit der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten, insgesamt 13 Milliarden Euro Verluste gemacht, die der Bund decken musste. Seit 1999 überweist Hermes ständig Überschüsse an das Bundesfinanzministerium und tilgt damit auch alte Verluste. In diesem Jahr rechnet die Hermes-Versicherung nun nach eigenen Angaben mit einem Rekordgewinn von 6,5 Milliarden Euro, vor allem durch hohe Schuldentilgungen aus Russland und Algerien. Damit sind zum ersten Mal die seit 1980 entstandenen Verluste der Hermes-Versicherung durch die seit 1999 entstandenen Gewinne in etwa ausgeglichen. Der Bundesverband des Groß- und Außenhandels fordert deshalb eine Senkung der Prämien, Wirtschaftsminister Glos lehnt das noch ab. Ihm sind die Risiken auf den Weltmärkten weiter zu hoch.

EU-weite Standards im Arbeitsrecht?

Handelsblatt, 23.11. rül. EU-Kommissar Spidla hat mit einem neuen „Grünbuch“ zum Arbeitsrecht, das er am 22.11. in Brüssel der Öffentlichkeit vorstellte, heftige Kritik der Arbeitgeberverbände ausgelöst. Das Grünbuch beschreibt u.a. die „immer vielfältigeren Arbeitsvertragsformen“, die sich in den letzten Jahren in den EU-Ländern ausgebreitet haben, und deutet damit vorsichtig einen eventuellen Harmonisierungsbedarf an. Schon diese indirekte Andeutung treibt die Arbeitgeberverbände auf die Barrikaden. Das Grünbuch stehe „im eklatanten Widerspruch zu der von Rat und Kommission beschlossenen Lissabon-Strategie“, erklärte BDA-Präsident Dieter Hundt. Für ihn besteht die Lissabon-Strategie offensichtlich in einer weiteren Regulierung von Arbeitsverträgen, in der Ausbreitung von Scheinselbständig-

keit, Werkverträgen, Projekt-Verträgen, Heimarbeit usw. Davon scheint Spidla sich jetzt etwas absetzen zu wollen. Bis Sommer 2007 will der Kommissar Vorschläge zu einer „Anpassung des Arbeitsrechts an die neuen Gegebenheiten“ entwickeln. Dabei soll u.a. das sog. „Flexicurity-Konzept“ einfließen, d.h. ein Konzept, das Flexibilität sozial abzusichern versucht. Wie das aussehen könnte, will Spidla in mehrmonatigen Konsultationen mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Regierungen aller 25 EU-Staaten sondieren. Eine weitere „Fragmentierung“ des Arbeitsmarktes sieht Spidla kritisch. 2005 hätten nur noch 60 Prozent aller Arbeitnehmer in der EU einen unbefristeten Vollzeit Arbeitsplatz gehabt, warnt er. Parallel zu der Vorlage des Grünbuchs wächst offenbar der Streit in der EU um die Arbeitszeit. Die EU-Arbeitszeitrichtlinie, die eine wöchentliche Höchst arbeitszeit von 48 Stunden vorschreiben soll, kommt nicht voran. Gleichzeitig ignorieren noch immer zahlreiche EU-Staaten das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, wonach Bereitschaftsdienste, etwa in Krankenhäusern, prinzipiell als Arbeitszeit zählen. Wenn sich hier nicht bald etwas ändere, werde die Kommission erneut zum Gerichtshof gehen, kündigte der zuständige Generaldirektor der EU-Kommission gegenüber der Presse an.

DGB für menschenwürdige Arbeit weltweit

www.dgb.de, 24.11., alk. Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und stellvertretender Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), hat die Bundesregierung aufgefordert, an dem Ziel des IGB mitzuwirken, weltweit menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu müsse die Zusammenarbeit von Internationaler Arbeitsorganisation (ILO), Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF) konkretisiert und intensiviert werden. Eine gute Gelegenheit bietet das Treffen der G8-Arbeitsminister im Mai 2007 in Dresden. Sommer: „Wenn es uns gelingt, dass die WTO eine Arbeitnehmerrechtsklausel in ihre Statuten aufnimmt, kommen wir unserem Ziel ein entscheidendes Stück näher: Waren und Dienstleistungen im Einklang mit den Kernarbeitsnormen zu produzieren und zu verteilen“.

EU-Kommission will Energiemarkt neu ordnen

div. 26.11. hav. Die EU-Kommission will im kommenden Jahr die Kontrolle großer Energiekonzerne über die Versorgungsleitungen aufbrechen und so die Preise senken. Das kündigte EU-Kom-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

missionspräsident Jose Manuel Barroso am Freitag auf dem europäisch-russischen Gipfeltreffen in Helsinki an. Die EU will am 10. Januar ihre Veränderungsvorschläge für den europäischen Energiemarkt vorlegen. Dem Vernehmen nach soll mehr Wettbewerb durchgesetzt werden, indem den etablierten Konzernen die Kontrolle über die Versorgungsleitungen genommen wird. Putin machte deutlich, dass er derartige Eingriffe in Russland nicht hinnehmen werde. „Die Aufteilung oder Auftrennung von Firmen in transportierende und produzierende Unternehmen ist eine rein nationale Angelegenheit in der Zuständigkeit der Russischen Föderation, und niemand außer uns kann diese Entscheidung treffen“, sagte Putin. Barroso sagte, die EU könne ein wichtiger Markt für russische Rohstoffe sein. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es, in Energiefragen sei ein fairer Wettbewerb wichtig. Putin stellte klar, dass Russland nicht die Europäische Energiecharta ratifizieren werde, die ausländischen Firmen ungehinderten Zugang zu seinen Energiereserven bieten würde.

EU setzt Belarus weiter unter Druck

ngo-online.de, 21.11. alk. Die EU versucht nach dem Beispiel der Ukraine und Georgiens auch in Belarus (Weißrussland) eine „orangene Revolution“ anzuzetteln, d.h. die antirussische, pro-EU-gesinnte Opposition aufzupäppeln. Am 21. November legte die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, ein Dokument vor, in dem ausgeführt wird, „welche Maßnahmen die EU zugunsten von Belarus ergreifen könnte, sollte sich das Land um Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bemühen.“ Das Dokument wurde den belarussischen Behörden in Minsk und in Brüssel übermittelt. Die Botschaft der EU richtet sich allerdings primär an die Bevölkerung. „Die Menschen in Belarus haben ein Recht zu wissen, was ihnen entgeht“, so Ferrero-Waldner, offenbar in der Hoffnung, dass die Bevölkerung in Belarus die derzeitige Regierung ablöst. Anhand konkreter Beispiele möchte die EU die belarussische Bevölkerung davon überzeugen, dass sie von einer Annäherung zwischen der EU und Belarus im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) profitieren könne. Die EU knüpft ihre als positiv beschriebenen „Angebote“ allerdings an Konditionen: „Aufgrund der derzeitigen politischen Lage war es der EU bisher nicht möglich, Belarus alle mit der ENP verbundenen Vorteile anzubieten, die bereits andere Länder in der Region wie die Ukraine und die Republik Moldau in Anspruch nehmen können“, heißt es in

einer Mitteilung der EU-Kommission. In ihrem neuen Dokument schreibt die EU, „dass in erster Linie die Menschen in Belarus unter der von den nationalen Behörden auferlegten Isolation leiden und dass sie die ersten sein werden, denen die Vorteile des Angebots an ein demokratisches Belarus zugute kommen werden.“ EU-Kommissarin Ferrero-Waldner lockt die Bevölkerung des Landes mit einer Erhöhung des Lebensstandards: „Unsere Botschaft lautet, dass wir im Rahmen der ENP eine uneingeschränkte Partnerschaft mit Belarus eingehen wollen, sobald das Land seine Bereitschaft bekundet, sich wirklich um Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu bemühen. Damit würde eine beträchtliche Ausweitung der Unterstützung einhergehen, um den Lebensstandard der belarussischen Bevölkerung in vielerlei Hinsicht zu verbessern.“ Die EU-Kommission teilte weiterhin mit, dass sie die regierungskritischen Kräfte des Landes umfassend unterstützt: „Die Europäische Kommission leistet auch kontinuierlich Unterstützung für die Demokratisierung und die Zivilgesellschaft in Belarus. Im Jahr 2006 wurden Schlüsselprojekte eingeleitet, um unabhängige Medien und Rundfunkanstalten in Belarus, die ‚European Humanity University‘ im Exil in Wilna sowie Austausch mit belarussischen Studenten zu fördern.“ Ob das Bild vom goldenen Westen zieht? Schließlich muss die benachbarte Ukraine erleben, dass die vorhandenen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland von der EU nicht ersetzt werden können.

Rechter Aufmarsch im EU-Parlament

der standard, 24.11., hav. Front National, Vlaams Belang, Lega Nord, Katholische Familienliga, FPÖ und neue Mitglieder aus Bulgarien und Rumänien bilden ab Januar die „Rechtsdemokraten“. Mit 1. 1. 2007 wechseln 18 bulgarische und 35 rumänische Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten in das EU-Parlament. Unter ihnen auch ein größerer Anteil an Mitgliedern ultranationaler und rechter Parteien wie der Großrumänien-Partei Romania Mares (PRM) und der bulgarischen Ataka. Mit ihnen werden die Rechten im EU-Parlament so stark, dass sie eine eigene Fraktion bilden können. Das bringt mehr Geld, mehr Personal und größere Einflussmöglichkeiten auf das Parlamentsgeschehen. Einer der Initiatoren der Allianz, die sich als „rechtsdemokratisch“ versteht, ist der österreichische, von der FPÖ nominierte Abgeordnete Andreas Mölzer. Die rumänische PRM wird von Corneliu V. Tudor angeführt. Dieser erreichte bei den Präsidentenwahlen im Jahr 2000 ein Drittel der Stimmen und betrachtet die ungarischen Minderheiten in seinem Land

als die größte Bedrohung. Sein Kollege, Abgeordneter Dimitru Dragomir, verkündete laut deutschem Verfassungsdienst und Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, dass er Juden zu Seife verarbeiten lassen wolle. Volen Siderow, Chef der bulgarischen Ataka-Partei und auf Einladung der Freiheitlichen in Wien, schrieb Bücher über eine „globale Verschwörung“ der Juden. Ebenfalls der Fraktion angehören sollen wohl bekannte Vertreter aus Westeuropa: Der französische Front National mit Jean-Marie Le Pen und der belgische Vlaams-Belang, die Nachfolgeorganisation des behördlich aufgelösten ultrarechten Vlaams-Blok, die italienische Lega Nord, möglicherweise ein neofaschistisches Bündnis von Alessandra Mussolini und die katholisch-nationale Familien-Liga und vielleicht die Samoobrona aus Polen.

Neueste saarländische Islamwissenschaft

Faz, 21.11. maf. Karl-Heinz Ohlig, geb. 1938, katholischer Theologe und Professor an der Universität des Saarlandes (seit 1.10.2006 im Ruhestand) hat in der genannten Ausgabe der FAZ einen umfangreichen Aufsatz veröffentlicht, in dem er nach allerhand münzkundlichen Mitteilungen schließt, der Koran sei nicht in arabischer Sprache entstanden und auch nicht in Mekka und Medina. Er gehe auf eine weit im Osten Mesopotamiens vertretene ältere Form der syrischen (christlichen) Theologie zurück, die die Beschlüsse des Konzils von Nizäa im Jahr 325 (der Sohn „gleich wesentlich mit dem Vater“) nicht gekannt und später auch abgelehnt habe. Jesus sei für sie „Knecht Gottes, Gesandter, Prophet, der Gepriesene.“ Das „Prädikat „muhammad“ (der Gepriesene) habe sich „später von seinem Bezugspunkt Jesus gelöst“ und „sei in der Gestalt eines arabischen Propheten Mohammed historisiert“ worden. Ohlig: „Bis gegen Ende des achten Jahrhunderts verstanden sich die koranischen Sprüche als eine Art von christlichem Lektionar zur Bekräftigung von Thora und Evangelium.“ Während es auch dem durchaus interessierten Durchschnittsleser unmöglich ist, die Sachhaltigkeit der münzkundlichen Beweisführung zu beurteilen, eignen sich die darauf gebauten waghalsigen Spekulationen recht gut zu kurzen und kräftigen Schmähungen in Richtung arabische Welt. Das von Ohlig nahegebrachte Bild der kulturellen Beziehungen im 7. und 8. Jahrhundert unserer Zeitrechnung bringt die Entstehung des Islam auf eine Art Copyright-Schwindel herunter, und das ist gewiss zu wenig, selbst wenn der historische Mohammed eine so fragliche Gestalt wäre, wie es für den historischen Jesus gegeben ist.

Zusammenstellung: alk

Eskalation oder Rückzug – eine andere Alternative gibt es nicht

Unmittelbar vor Beginn des Nato-Gipfels in Riga/Lettland – der erste Gipfel des Militärbündnisses auf dem ehemaligen Territorium der Sowjetunion – beteuerten Außenminister Steinmeier und Verteidigungsminister Jung, „dass Deutschland nicht bereit sei, Soldaten dauerhaft als kämpfende Truppe in den Süden Afghanistans zu entsenden. Zentrales Thema müsse vielmehr der Wiederaufbau sein.“¹ Der Akzent der Weigerung, Bundeswehreinheiten zu Kampfeinsätzen in den afghanischen Süden zu schicken, hat sich im Laufe der letzten Wochen von „nicht“ zu „nicht dauerhaft“ kaum merklich verschoben. Beschwörungen auch der deutschen Bundesregierung, dass die Nato „in Afghanistan nicht scheitern“ dürfe², ließen ohnehin ahnen, dass die Befürworter des Krieges und des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan nach einem Weg suchen, die Öffentlichkeit auf die Ausweitung des Bundeswehrmandats vorzubereiten.

Straße in den Krieg

Der Tagesspiegel berichtete am 22. November:

„Aus Kreisen der Bundeswehrgeneräle war zu erfahren, dass wir auf Dauer die deutsche Haltung nicht überall in Afghanistan Seite an Seite mit den anderen Nato-Partnern gegen die Taliban vorzugehen, nicht durchhalten können. In Riga werde die Bundesregierung noch ihre Position verteidigen, Verantwortung ausschließlich im afghanischen Norden zu tragen. Es gebe jedoch Überlegungen, beim Nato-Treffen die Partner mit einem ‚Angebot, das wir sozusagen aus dem Hut zaubern, zu besänftigen‘, ließ ein Bundeswehrgeneral wissen. (...) Aus Bundeswehrkreisen war darüber hinaus zu erfahren, dass ein ‚Kampfeinsatz‘ von deutschen Soldaten im südlichen Afghanistan in einer Größenordnung von über tausend Mann ‚durchaus denkbar ist‘.“³ Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Naumann, der sich als Offizier a.D. keine Zurückhaltung auferlegen muss, fordert unverhohlen, dass alle Nato-Mitglieder, auch die BR Deutschland, „ihre Truppen ohne Vorbehalte der Nato zur Verfügung stellen“.

Das „Angebot“ – oder anders: der Dreh, mit dem die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes entgegen den Beteuerungen eingeleitet zu werden droht – nimmt inzwischen Gestalt an. Zunächst war zu erfahren, dass die Bundesregierung zur Luftaufklärung



„Wir trauern um die Bundeswehrsoldaten und anderen Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren haben“, so Köhler, der am Sonntag bei der Zentralen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag im Bundestag. Und Merkel: „Vermächtnis der Kriegstoten“ sei, dass Deutschland sich seiner gewachsenen Rolle nicht entziehen dürfe. Deutschland müsse vielmehr auch deshalb Verantwortung in der Welt übernehmen. So erhält das Sterben der Soldaten seinen vaterländischen Sinn... Die Bundesrepublik ist dabei, einen politischen Totenkult zu entwickeln.

im Süden unbemannte Drohnen, die Echtzeitbilder liefern, und/oder spezielle „Recce-Tornados“ bereitstellen will; beides würde die kurzfristige Verlegung von Spezialteams in den Süden nach sich ziehen. Fast gleichzeitig wurde bekannt, dass die Bundesregierung ihre Zustimmung zu einem Straßenbauprojekt gegeben hat, das auf dem Gipfel verkündet und sofort in Angriff genommen werden soll: Mitten im Winter soll die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit im Bezirk Pandschwai in der Provinz Kandahar eine 4,5 km lange Straße bauen. „Bautrupps statt Soldaten“, titelte das Hamburger Abendblatt – erst Bautrupps, dann Soldaten wäre die wohl zutreffendere Kennzeichnung. Denn dass der Straßenbau in diesem besonders umkämpften Bezirk ohne bewaffneten Schutz gebaut werden wird, ist auszuschließen, und dass die in dem Bezirk stationierten kanadischen Truppen den Schutz übernehmen, kaum vorstellbar. Schließlich geht es bei der Nato-Forderung nach der Entsendung von Bundeswehrsoldaten in den afghanischen Süden um die Verstärkung der im Süden unter großen Verlusten kämpfenden kanadischen, britischen und niederländischen Truppen. So könnten erst die geheim in Afghanistan operierenden KSK-Kräfte eingesetzt werden und dann Schritt für

Schritt der Boden in Parlament und Öffentlichkeit für die Ausweitung des Bundeswehrmandats bereitet werden.

Nato unter wachsendem Druck

Beim Nato-Gipfel in Riga sollte es bei der ursprünglichen Planung schwerpunktmäßig um die so genannte „Globalisierung des Bündnisses“, d.h. um Formen der institutionellen Ausweitung der Nato bzw. Nato-Partnerschaften auf Japan, Australien, Neuseeland und Südkorea gehen. Der Nato-geführte ISAF-Einsatz in Afghanistan sollte vor allem unter dem Gesichtspunkt des „Lackmusktestes“ für den Anspruch der Nato, „als globaler Anbieter von Sicherheit“ aufzutreten, behandelt werden.⁴

Dass die Ausweitung aktuell nicht ansteht, hängt auch mit der Entwicklung des Krieges in Afghanistan zusammen. Die allseitigen Beschwörungen, dass die Nato „nicht scheitern“ dürfe, beruhen auf der realistischen Einschätzung, dass die Nato im Begriff ist zu scheitern, den Krieg zu verlieren. Eine von der UNO durchgeführte Studie gibt Aufschluss über das militärische Erstarken der Taliban. Gab es 2005 durchschnittlich monatlich 130 Angriffe auf die in Afghanistan stationierten Nato-Truppen, sind es seit Beginn dieses Jahres durchschnittlich rund 600 Angriffe im Monat, mit zunehmender Tendenz. Die Taliban hatten sich nach ihrer Niederlage im Dezember 2001 aus Afghanistan weitgehend in die angrenzenden pakistanischen Grenzgebiete zurückgezogen und sich dort neu formiert. In diesem Jahr haben sie begonnen, ihre Einflussgebiete im Paschtunengürtel im Südosten zurückzuerobieren. In einem Bezirk nach dem anderen, einer Provinz nach der anderen, verwickeln sie die Nato-Truppen in schwere Kämpfe, erobern sie die Kontrolle über wachsende Gebiete. Anders als in früheren Jahren ziehen sich die Taliban-Kämpfer seit dem Mai nach Angriffen nicht mehr zurück, sondern zwingen den im Südosten stationierten britischen, niederländischen, kanadischen und US-Truppen regelrechte Schlachten auf, in denen die Nato Panzer, Jets, Kampfhubschrauber einsetzt und

schwere Verluste – von allein in diesem Jahr über 170 Soldaten ist die Rede – erleidet. Ein britischer Experte bezeichnete in einem Interview mit der Deutschen Welle in einem Vergleich mit dem Irak den Krieg in Afghanistan als „viel intensiver“. Die britischen Streitkräfte seien dort in den vergangenen drei bis sechs Monaten „in die härtesten Kämpfe seit 1945 verwickelt“. Ohne Verstärkung würde es bald zu Kampfmüdigkeit kommen. Deshalb solle Großbritannien, so rät er, seine Truppen aus Afghanistan abziehen, um in Afghanistan erfolgreicher zu sein.⁵ Auch offizielle Kreise in Russland sehen die Nato in Afghanistan am Rande der Niederlage und die Welt am Rande des Chaos. Eine mögliche „Rückkehr russischer Truppen nach Afghanistan“ wird von politischen und Militärberatern angesichts der „Sicherheitslage“ nicht mehr ausgeschlossen.⁶

Derweil kündigen die Taliban für das Frühjahr eine neue Großoffensive an. Sie scheinen durch die erheblichen Verluste, die sie in den Kämpfen erleiden – auch wenn die Zahlen von 1.500 getöteten Taliban allein in den letzten zwei Monaten mit einiger Wahrscheinlichkeit weit übertrieben sind – kaum geschwächt. Im Gegenteil führt die Brutalisierung des Krieges, die in solchen Zahlen und noch weitaus mehr in den allein in diesem Jahr Tausenden getöteten Zivilisten zum Ausdruck kommt, ihnen ständig neue Kräfte zu. Ereignisse wie die Bombardierung von Dörfern und Wohnvierteln in umkämpften Gebieten und Städten mit Dutzenden von Toten sind an der Tagesordnung und sorgen dafür, dass wachsende Teile der Bevölkerung die Schrecken der Taliban-Herrschaft den Schrecken des mörderischen Krieges vorziehen. Der britische Oberbefehlshaber in Afghanistan, David Richards, wurde kürzlich mit den Worten zitiert, dass, wenn es so weitergehe, „70 Prozent der Menschen nächstes Jahr zu den Taliban überlaufen“.⁷

Ein maßgeblicher Grund für die „Rückkehr der Taliban“ ist die Tatsache, dass sie in den pakistanischen Grenzgebieten und den autonomen Stammesgebieten in Nordpakistan einen praktisch sicheren Rückzugsraum haben. Das Kommandozentrum wird in der Nähe des pakistanischen Quetta vermutet. Hier fließen die Spenden zusammen und von hier aus wird der Nachschub organisiert. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Taliban zumindest von Teilen des berüchtigten pakistanischen Geheimdienstes ISI unter-

stützt werden. Der habe sie sogar bei ihrem militärischen Widerstand gegen die jüngsten Nato-Offensive „Medusa“ unterstützt, behaupten Nato-Kommandeure. Einen ersten Konflikt mit Pakistan aber können sich die USA und die Nato kaum leisten, nicht nur, weil sie die Situation in Pakistan nicht mehr beherrschen könnten, sondern auch, weil China geradezu demonstrativ den Schulterchluss mit Pakistan herstellt.⁸

Die Finanzierung (nicht nur) des Taliban-Krieges sichert der wuchernde Drogenhandel. Nach dem jüngsten Bericht des UN-Drogenkontrollprogramms ist Afghanistan zum größten Opiumproduzenten der Welt aufgestiegen. Allein in diesem Jahr wurde die Anbaufläche für Opium um 59% gesteigert, obwohl dreimal so viel Anbaufläche zerstört wurde wie 2005, die Produktion stieg um 50% auf 6.100 t. Die größten Anbaugelände finden sich in der umkämpften Provinz Helmand, wo sich der Anbau verdreifachte.

Als Nato-Protektorat hat Afghanistan keine Entwicklungsperspektive

Die Hauptursache für das Wiedererstarken der Taliban aber ist die Strategie der Nato-Staaten, die Afghanistan in ein westliches Protektorat ohne Entwicklungsperspektive verwandelt haben.

oder Stromversorgung gibt, nicht einmal in Kabul. Die Mieten in Kabul und anderen Städten werden durch Tausende gut bezahlte NGO-Mitarbeiter in die Höhe getrieben. Medizinische Versorgung gibt es, wenn überhaupt, nur in den größeren Städten, formell ist sie kostenlos, tatsächlich aber aufgrund der Korruption unerschwinglich, wie überhaupt die durch die De-facto-Besatzung und die quasi kolonialen Wirtschaftsstrukturen geförderte Korruption und Misswirtschaft zu den schlimmsten Übeln gehören.

Die vielen Milliarden Dollars, die auf den internationalen Geberkonferenzen zusammenkommen, werden von den NGOs verwaltet; diese schwingen sich dadurch zur eigentlichen Regierung auf. Nur ein winziger Bruchteil der Summen wird an Afghanistan ausgezahlt bzw. für Aufträge an afghanische Firmen verwendet, der Löwenanteil fließt zurück an internationale Konzerne, die oft z.B. türkische Subunternehmer anheuern, die ihrerseits Niedrigstlöhner aus China oder Bangladesh beschäftigen. So liegt die Arbeitslosigkeit in Afghanistan durchschnittlich bei 75%, im Osten und Süden sogar bei 90%. Die im Rahmen der Demobilisierung freigesetzten Kämpfer der Warlords, bisher rund 50.000, vergrößern das Heer der Arbeitslosen und werden

zu einem Faktor der Destabilisierung und Bandenumtriebe. Das gilt auch die Polizei, die mit deutscher Hilfe aufgebaut und ausgebildet wird und sich vielfach mit Erpressung und Bedrohung an der Bevölkerung bereichert, besonders gerne an den zurückkehrende Flüchtlingen, bei denen sie Geld und Wertgegenstände vermuten.

Auch die angeblichen Erfolge etwa beim Bau von Schulen und der Entwicklung des Bildungswesens halten einem zweiten Blick nicht stand. Zwar wurde etliche Schulen eröffnet.

Manchmal aber sind die Neubauten so schlecht, dass sie in sich zusammenfallen. Meistens erhalten die Lehrer ihr Gehalt nicht, so dass sie nach einiger Zeit wegbleiben. Oder der Terror der Taliban sorgt dafür, dass Schulen wieder geschlossen werden.⁹

Rückzug die einzige Alternative

Diese Tatsachen machen deutlich, dass der von der Bundesregierung propagierte „zivile Aufbau“ unter den Bedingungen des Protektorats nicht einmal



Abgesehen vom Opiumanbau und Drogenhandel liegt die Wirtschaft am Boden. Nicht nur die Taliban, sondern auch die afghanische Regierung und die zahllosen Warlords finanzieren sich über den Drogenhandel, der über die Hälfte des afghanischen Bruttosozialprodukts erbringt. Die dadurch reich gewordenen Drogenbarone investieren in Luxushotels und andere Luxusartikel für die zahlreichen in Afghanistan lebenden Ausländer, während es im Land keine funktionierende Wasser-

ein schöner Schein und keine Alternative zur Strategie des Kriegs ist, sondern ihr untergeordnet ist und sie nährt. So oder so wird die Bundesregierung ihre bisherige Position, dass andere Nato-Mächte die Taliban im Süden niederkämpfen und die BR Deutschland im Norden den „Wiederaufbau“ besorgt, nicht halten können. Sie ist tatsächlich nicht haltbar.

In der Logik, in der die Nato handelt, muss die Bundesregierung dem Drängen auf Kampfeinsätze dort, wo vor allem gekämpft wird, nachgeben, will sie nicht Verluste und militärische Niederlagen verantworten. Sie muss dies so mehr, als der Krieg in Afghanistan, sofern ihn die Nato nicht durch Rückzug beendet, kein Ende finden, sondern auf lange Sicht andauern und eskalieren wird, auch geografisch. In dieser Logik stellt sich für die Bundesregierung vor allem das Problem, die bisher deutlich ablehnende öffentliche Meinung für Kampfeinsätze oder wenigstens ihre Duldung zu gewinnen. Der französische Staatspräsident Chirac schlägt vor¹⁰, dass der Gipfel in Riga die Schnelle Eingreiftruppe der Nato für „voll einsatzfähig erklärt“. Das würde der Bundesregierung die Ausweitung des Mandats bzw. die Durchlöcherung der beschlossenen Beschränkungen erleichtern und wäre ein weiterer Schritt der Eskalation.

Die einzige Alternative zur Eskalation ist der Rückzug. Dafür die öffentliche Meinung zu gewinnen, ist eine gewaltige Aufgabe, mit der die Friedensbewegung und die politische Linke konfrontiert sind. Ein Rückzug der Bundeswehr würde in der Konsequenz der oben genannten Erwägungen die gesamte Nato-Kriegsführung in Afghanistan in Frage stellen – und damit in einem zentralen Frontabschnitt des großen Krieges, den die Nato gegen die islamische Welt begonnen hat.¹¹

Natürlich kann niemandem gegenüber einer Neuauflage der Taliban-Schreckensherrschaft gleichgültig sein. Dagegen hilft jedoch nur eines: die weite Öffnung der Türen für Flüchtlinge aus Afghanistan. scc



Einige hundert Schülerinnen und Schüler aus zwei Hamburger Schulen in Blankenese und Bergedorf demonstrierten am Mittag des 28.11. gegen die drohende Abschiebung ihrer Mitschüler. Die Weltstadt Hamburg und ihr Innensenator Nagel, CDU, übernimmt jetzt schon bei der Abschiebung männlicher lediger afghanischer Flüchtlinge erneut die Vorreiterrolle und will ab sofort auch Familien einschließlich ihrer minderjährigen Kinder nach Afghanistan abschieben. Rund 150 Familien haben bereits die Ausreiseaufforderung erhalten. Darunter die Familie Sadeghi mit drei Kindern, die seit fast sechs Jahren in Deutschland leben, hier überwiegend aufgewachsen sind und nun aus der Schule und ihren sozialen Beziehungen herausgerissen und in ein unsicheres Leben im Kriegsgebiet, womöglich in den Tod abgeschoben werden. Wie sie sind rund 5000 der 20.000 in Hamburg lebenden afghanischen Flüchtlinge von Abschiebung bedroht. Der zunehmend brutale Umgang mit den afghanischen Flüchtlingen ist die andere Seite des eskalierenden Nato-Krieges.

- 1 Nachrichten Deutschlandfunk, 28.11., 8.00 Uhr
- 2 Im Interview mit der FAZ (24.11.) antwortete etwa Kanzlerin Merkel auf die Frage: Würden Sie den Satz „Die Nato darf in Afghanistan auf keinen Fall scheitern“ unterschreiben?: „Wir werden alles daransetzen, dass sie nicht scheitert.“
- 3 Nato-Generäle warnen vor „Talibanisierung“, <http://www.tagesspiegel.de/politik/nachrichten/bundeswehr-afghanistan-taliban/81767.asp#>
- 4 Siehe dazu SWP-Aktuell, Die Nato vor dem Gipfel, November 2006.
- 5 Christopher Hill: „Zwei Kriege sind zu viel“, DW, 28.11.06.
- 6 „Gasetta: Nato wird zum ‚Papiertiger‘ – Soll Russland bald wieder in Afghanistan kämpfen?“ Ria Novosti, 24.11.06.

- 7 Nach: Stern, 46/2006, Die Rückkehr der Taliban.
- 8 Die FAZ überschrieb am 24.11. einen Artikel über den Staatsbesuch des chinesischen Staats- und Parteichefs Hu Jintao in Pakistan mit der von China verwandten Metapher für die Beziehungen der beiden Länder: „Höher als der höchste Berg, tiefer als das tiefste Meer“
- 9 Siehe: Stern 46/2006, a.a.O., und Matin Bara-

- ki, Die Zerstörung Afghanistans, ein Werk der Imperialmächte, in jungeWelt, 11.11.06
- 10 Jacques Chirac, Europas Stimme muss in der Allianz Gehör finden, FAZ, 28.11.06
- 11 Weitere Einsätze der Nato sind in Planung: im Libanon, Nordirak und in Darfur. Das jedenfalls schreibt Hans Voß, früherer Botschafter der DDR, siehe „Nato auf dem Sprung“, ND vom 25.11.

Demokratischer Sozialismus – Warum eigentlich nicht?

Die Parteitage der WASG und darauf folgend der Linkspartei.PDS beschlossen die Umwandlung der jeweiligen Parteien in eingetragene Vereine. Da die Fusion von Vereinen häufig vorkommt, liegt eine auf eine Unzahl von Streitfällen zurückgehende Rechtsprechung vor. Parteivereinigungen sind hingegen selten, so dass rechtliches Neuland zu betreten wäre. Die Umwandlung der Parteien in eingetragene Vereine ist deswegen der sichere Weg, rechtlich kaum angreifbar zu vollziehen, was der politische Wille der Mitglieder der beiden Organisationen gebietet. Da Satzungsänderungen einer Organisation immer die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder betreffen, bieten sie oft Anlass heftiger Diskussionen. Die bei der WASG eher ruhige und bei der Linkspartei.PDS sehr ruhige Behandlung der satzungserrechtlichen Änderungen kann als weiteres Indiz der festen Entschlossenheit zur Fusion in den beiden Parteien gewertet werden.

Treibende Kraft: Die Erwartungen der Öffentlichkeit

Dennoch ist es nach wie vor die Erwartung der Öffentlichkeit, insbesondere der Wählerinnen und Wähler, die den Parteibildungsprozess antreibt. Das darf man nicht als Minus auffassen. Das ist ein Plus. Aber Erwartungen der Öff-

entlichkeit können eine Partei allein nicht zusammenhalten. Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen müssen Ziele entwickeln, für die sie sich einsetzen können. Und da sind WASG und Linkspartei.PDS noch nicht weit gekommen. Ziemlich sicher ist lediglich, dass die gemeinsame Bundestagsfraktion sich nicht als Quelle interessanter Inhalte entwickelt. Es wäre auch verwunderlich, wenn neue linke politische Ideen an der Grenzfläche zwischen Partei und Staatsgeschäft entstünden. Sie sollten sich viel wahrscheinlicher in der Auseinandersetzung der Partei mit der gesellschaftlichen Erfahrung ihrer Wählerinnen und Wähler bilden.

Demokratischer Sozialismus

Vor diesem Hintergrund verläuft die Diskussion um eine auf den ersten Blick absonderliche, dogmatische Diskussion, die darum geführt wird, ob die neue Partei als ganze dem Demokratischen Sozialismus verpflichtet bleibt. So wie der Demokratische Sozialismus in der Programmatik der Linkspartei.PDS definiert ist, geht es dabei vor allem um eine doppelte Absage: erstens an den Obrigkeitsstaat, der den Menschen gänzelt, und zweitens an die Logik der Kapitalverwertung, die sich allen sozialen Prozessen aufdrängen will.

Der so definierte Demokratische Sozialismus funktioniert als Basis von Kritik.

Eine neuer Entwurf der Ordnung von Staat und Gesellschaft wird damit nicht an die Wand gemalt, und was ein „transformatorsicher Prozess“ ist, wird sich auch erst weisen, wenn irgendwo etwas vorgefallen ist, das dann als „Trans-

form“ bezeichnet wird. Innerhalb der Linkspartei.PDS weckt diese Unbestimmtheit durchaus Unzufriedenheit, als Utopie ist das für Traditionsbewusste nun mal nicht gerade konkret, und gegenüber der Erfahrung des Staatssozialismus ist das skeptisch bis zur Zersetzung.

Ein entlegenes Beispiel

Dogmatische Auseinandersetzungen sind nicht leicht zu verstehen. Ein entlegenes Beispiel mag zeigen, dass es trotzdem sinnvoll ist, dem sozialen und politischen Gehalt solcher oft haarspalterend geführten Streitereien nachzusteigen.

Wieso konnten wegen der Darreichung des Abendmahls bzw. der hl. Kommunion an die Gemeinde entweder nur als Brot oder als Brot und Wein langwierige und grausame Kriege ausbrechen? Einfach lächerlich. Und doch hatte das priesterliche Privileg, das Abendmahl in beiderlei Gestalt zu genießen, die politisch, materiell und geistlich privilegierte Stellung der vorreformatorischen christlichen Kirche symbolisiert. Der Ruf nach dem „Laienkelch“ richtete sich politisch gegen diesen ganzen bedrückenden Wust, der einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung im Wege stand. Am Endpunkt der Bewegung standen das Ende des hl. Römischen Reichs deutscher Nation und die Säkularisation der Kirchengüter. Dieses Beispiel soll auf die Bedeutung von Schlagworten, Formelkompromissen und dergleichen hinweisen, und darauf, dass die Auseinandersetzung damit lohnt. Das Auftauchen solcher Schlagworte kann als Anzeichen gesellschaft-

Dokumentiert: Klarere Bestimmung der programmatischen Richtung

Antrag von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an die Parteivorstände von Linkspartei.PDS und WASG

Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, sowie die beiden Vorsitzenden der Fraktion Die Linke, im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, haben bei den Parteivorständen der Linkspartei.PDS und der WASG beantragt, den vorliegenden Programmentwurf zu ergänzen. Mit dem Antrag soll die programmatische Richtung der neu zu bildenden Partei klarer bestimmt werden.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Antrag von Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi an die Vorstände der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG)

Hiermit beantragen wir für den Entwurf des Programms eine Streichung und eine Ergänzung.

I. Der Satz: „Viele von uns bezeichnen diesen Zusammenhang von Ziel,

Weg und Wertesystem als demokratischen Sozialismus“ in „Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“, Abschnitt I („Gemeinsam für eine andere Politik“), sechster Absatz, wird gestrichen.

II. Nach dem Satz „Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet“ in den „Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ in Abschnitt I („Gemeinsam für eine andere Politik“) wird folgender Absatz eingefügt:

„Die Linke bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen

nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden“.

Dadurch entfällt ein Absatz später die Wiederholung des letzten Satzes.

Begründung: Die vorgeschlagene Formulierung stammt aus dem „Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“ von Klaus Ernst, Felicitas Weck, Lothar Bisky, Katja Kipping, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi vom 2. Juni 2006. Diese Beschreibung fand in beiden Parteien große Zustimmung. Wir glauben, dass durch Aufnahme dieser Passage die programmatische Richtung der neu zu bildenden Partei klarer und von den Mitgliedern getragen wird.

Gregor Gysi
Oskar Lafontaine
Lothar Bisky

lichen Veränderungswillens verstanden und ausgewertet werden.

Obrigkeitlicher Staat und Dominanz der Verwertungslogik

Da auch die scharfsinnigsten Debatierer nicht unterstellen, dass mit dem Demokratischen Sozialismus eine von ihnen abgelehnte, neue Gesellschaftsordnung konkret angepeilt würde, wird es in der Auseinandersetzung um diese Eckpunkt politischen Denkens schon um die damit kritisch angesprochenen Punkte gehen.

Erstens gibt es in der Linken *Streit um die Kompetenz des Staates*. Es gibt dafür Grundlagen in geistigen Traditionen. Bedeutsamer ist jedoch die Funktion der Vorsorge und Fürsorge, die der staatlichen Verwaltung zugeschrieben wird. Da der moderne Mensch von allen Mitteln zur Verwirklichung des Lebens entblößt ist, nicht mehr unmittelbar aufgreifen kann, tritt der Staat in die Rolle der gewährleistenden Verwaltung ein, das reicht von der Ableitung des Abwassers bis zur Definition der Lehrpläne. Politik heißt dann, der Staatsverwaltung die Erwartungen der Öffentlichkeit vorzuhalten. Diese schroffe Gegenüberstellung erzwingt geradezu die Definition von Bedürfnissen als verwaltungsmäßig erfüllbare Anforderungen. Notwendig folgen Debatten über Anspruchsberechtigung, Abschluss. Dieser Tendenz im politischen Denken steht der Demokratische Sozialismus entgegen, der von der Selbstbestimmung der Bedürfnisse ausgeht und ihrer Verwirklichung durch Individuen und genossenschaftliche Zusammenschlüsse Raum zu schaffen strebt. Es ist wohl einleuchtend, dass eine dementsprechende Politik, die den Staat eher als Dienstleistungseinrichtung ansieht, deren Tätigkeit den zivilgesellschaftlichen Bedürfnissen differenziert anzupassen ist, sich nicht in die Pose des Volkswohltäters, der ganz glasklare Forderungen an den Staat stellt, werfen kann.

Zweitens gibt es *Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung der Wirtschaft*. Aus der Perspektive des Demokratischen Sozialismus sind vor allem Ansätze genossenschaftlichen Wirtschaftens interessant und, innerhalb der Welt der Kapitalgesellschaften, eine Ausgestaltung der Rechte am Arbeitsplatz und im Arbeitsprozess. Dem gegenüber steht die Tatsache, dass die Arbeitslöhne und Angestelltegehälter in der heutigen Gesellschaft nach wie vor die Lebenschancen sehr weitgehend bestimmen. Diese wichtige primäre Verteilung wird durch den Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital reguliert. In der Logik dieses Kampfes hat das Genossenschaftswesen keine große Bedeutung, und die Selbstbestimmung im Arbeitsprozess stellt sich zunächst als Fürsorgeproblem: Interessenorganisatio-

nen und Vertretungskörperschaften arbeiten „für die Kollegen“. Die Analogie zur sozialstaatlichen Leistungsverwaltung wird besonders im Gefüge der großen Konzerne deutlich.



„Hey ... das könnte der Häuptling sein.“

Praktische Lösung sind möglich, Reibereien aber unvermeidlich

Linke Politik, die sich, um es in älteren aber, eindeutigen Worten zu sagen, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg wendet, wird die hier angesprochenen Differenzen nicht überwinden oder aufheben können. Die Vermittlung dieser dann und wann widerstreitenden Bestrebungen stellt sich als praktisches Problem. Die Linkspartei.PDS repräsentiert insbesondere in den östlichen Bundesländern Menschen recht unterschiedlicher Stellung im Arbeitsprozess. Es fällt das Schlagwort von der linken Volkspartei. Ob man diesen Ausdruck nun liebt oder nicht: Es kann gar kein Zweifel bestehen, dass die neue Linkspartei sich auf den Weg zu einer Organisation machen muss, die für Menschen aus der ganzen Breite des sozialen Geschehens interessant und zugänglich ist. Eine solche Organisation dürfte durch die Bereitschaft zur Kritik und wohlervogene, ziemlich sorgfältig durchdachte praktische Ziele zusammengehalten und zur gestaltenden Kraft werden.

Dabei gibt es allerdings ein großes Problem. Der Politikstil charismatischer Führung verträgt sich mit der Suche nach praktikabler Politik nicht. Jener zieht seinen Glanz aus der inneren, unbeirraren Sicherheit des Sprechenden, diese muss Dialogbereitschaft signalisieren und waches Interesse für die Vielfalt der gesellschaftlich vorhandenen Meinungen und Ziele. Innerparteiliche Reibereien sind da unvermeidlich. Der hier dokumentierte Antrag hätte jedenfalls den Vorteil, einen Ort abzustecken, an dem die unvermeidlichen Auseinandersetzungen geführt werden können. maf

Gemeinsame Abschlusserklärung

der G8-Aktionskonferenz „Rostock II“ vom 10. bis 12. November 2006

Im Juni 2007 wird eine große Aktionswoche zum G8-Gipfel in Heiligendamm stattfinden. Die G8 stehen für eine sozial ungerechte, ökologisch unverantwortliche und militaristisch imperiale Politik. Hiergegen werden zehntausende Menschen aus der Region, aus dem ganzen Bundesgebiet, aus Europa und der ganzen Welt protestieren und Alternativen zu der herrschenden Globalisierung sichtbar machen.

(...)

Mehr als 450 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa haben sich auf der zweiten Aktionskonferenz in Rostock auf den Fahrplan für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel verständigt:

- Die Aktionswoche beginnt mit der Großdemonstration gegen den G8-Gipfel am Samstag, 2. Juni.

- Am Sonntag, 3. Juni, gibt es eine große Auftaktveranstaltung, die gemeinsam mit unseren internationalen Freundinnen und Freunden gestaltet wird.

- Am Montag, 4. Juni, wird ein migrationspolitischer Aktionstag mit inhaltlichen, aktionistischen und kulturellen Beiträgen veranstaltet – unter dem Motto „Für globale Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für alle!“.

- Am Dienstag, 5. Juni, wird im Rahmen des Aktionstags gegen Militarismus, Krieg, Folter und den globalen Ausnahmezustand der Flughafen Rostock Laage blockiert und umzingelt, um die ankommenden Regierungschefs zu begrüßen.

- Am Dienstagabend startet der Alternativgipfel, der bis zum Donnerstag, 7. Juni, gehen wird. Eine Reihe von „Satellitenveranstaltungen“ des Alternativgipfels begleiten die gesamte Aktionswoche (zum Beispiel auf dem Camp und bei den Aktionen).

- Am Mittwoch, 6. Juni, beginnen die Blockaden des G8-Gipfels.

- Am Donnerstag, 7. Juni, finden ein Konzert mit Herbert Grönemeyer unter dem Motto „Music and Messages“ weitere Blockaden, und Demonstrationen statt. Prominente internationale Sprecherinnen und Sprecher des Alternativgipfels werden am Auftakt der Demonstrationen teilnehmen.

Wer sich den G8-Gipfel einlädt, lädt sich auch den Protest ein. Wir fordern das Land Mecklenburg-Vorpommern, den Landkreis Bad Doberan und die Hansestadt Rostock auf, dass die nötige Infrastruktur für die Unterbringungen der Menschen in Camps und für das Austragen der Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird.

Aus Platzgründen leicht gekürzt

langen Eisenzahn mit elektronischen Überwachungsanlagen abzusichern. (Quelle: Die Presse, ND)

USA: Ausweitung des Military Commissions Act?

Gegenwärtig findet in Richmond/ USA eine Berufungsverhandlung statt, die für die Rechtslage der im Lande lebenden bzw. die in die USA einreisenden Ausländer von erheblicher Bedeutung ist. Konkret wird darüber entschieden, ob auch sie zu „feindlichen Kämpfern“ erklärt und als Vogelfreie behandelt werden können, so wie es der Military Commissions Act für im Ausland verhaftete Ausländer vorsieht. Ali Saleh Kahla al-Marri, um dessen Beschwerde gegen seine anhaltende Inhaftierung es geht, war wie Tausende andere aus islamischen Ländern Eingereiste im Dezember 2001 in den USA verhaftet worden. Nachdem er zunächst des Kreditkartenbetrugs bezichtigt wurde, wurde diese Anklage 2003 fallen gelassen, und er wurde stattdessen als Al-Qaida-Schläfer eingestuft und im Gefängnis festgehalten. Seine Beschwerde wurde abgelehnt, dagegen klagt er. Bisher haben in den USA verhaftete und inhaftierte Ausländer das Recht, ihre Inhaftierung vor US-Gerichten anzufechten. Das Justizministerium argumentiert, er sei als „feindlicher Kämpfer“ inhaftiert, deshalb stehe ihm dieses Recht nicht zu. Übernimmt das Gericht diese Position, müsste das Justizministerium nicht nur nicht die anhaltende Inhaftierung durch Anklage und durch Beweise begründen. Das im Oktober in Kraft getretene Gesetz würde damit auf kaltem Weg auf in den USA verhaftete Ausländer ausgeweitet, eine Reise in die USA vor allem für Muslime ein unkalkulierbares Risiko. (Quelle: Telepolis)

250 Roma fliehen aus Ungarn

Der Exodus von 250 Roma aus dem südungarischen Komitat Baranya, die in Malmö politisches Asyl suchen, wirft ein Schlaglicht auf die Lage dieser Minderheit in Ungarn. Aussicht auf Asyl haben die Roma, wie die Behörden erklärten, nicht. Immerhin aber verhalf die Massenflucht dazu, dass die Situation der Roma in der ungarischen Öffentlichkeit thematisiert wird: Der Großteil ist arbeitslos und wird auf dem Arbeitsmarkt systematisch diskriminiert. Diskriminierend ist auch die Situation des Bildungswesens: Dass Schulen „ihre“ Schüler selbst aussuchen können, führt zu weitgehender Segregation. 20% der Roma-Kinder werden schon bei der Einschulung als „geistig leicht behindert“ bzw. als „auf Spezialunterricht angewiesen“ eingestuft – ungarnweit sind es 2–3%. (Budapester Zeitung)

Zusammenstellung: scc



Aus Protest gegen die beabsichtigte Streichung von 4000 der 5600 Stellen im Brüsseler VW-Werk haben die Beschäftigten vom 17. bis 22 November gestreikt. Für den 2. Dezember organisieren die Gewerkschaften eine große, internationale Demonstration in der belgischen Hauptstadt. Infolge der Kündigungen ist ein ganzer Stadtteil von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Täglich erhalten die VW-Beschäftigten Zuspruch und Unterstützung aus dem ganzen Land. Auch besuchen oft mehrere hundert Arbeiter umfassende Delegationen andere Autokonzerne oder Zulieferbetriebe, um für die Demonstration zu mobilisieren. Die von VW geplanten Maßnahmen drohen auch die Zulieferbetriebe in den Abgrund zu reißen und hier mehr als 10.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Anders als die VW-Beschäftigten, die wenigstens einen Sozialplan werden erreichen können, fürchten die Arbeiter in den Zulieferbetrieben, oft als Leiharbeiter zu Niedrigstlöhnen beschäftigten, ohne jede Abfindung oder Aussicht auf Weiterbildung auf die Straße gesetzt zu werden. Sie fordern die Gewerkschaften deshalb auf, auch für die Zulieferbetriebe einen Sozialplan gleich dem bei VW zu erkämpfen. Die belgische Metallarbeitergewerkschaft kritisierte übrigens die IG Metall, dass sie sich von ihr im Stich gelassen fühlt. (Quelle und Bild: Indymedia Belgien)

ITF/Uni: Internationaler Aktionstag für Mindeststandards durchgeführt

Elf Gewerkschaften, die der Internationalen Transportarbeiterföderation bzw. Union Network International angeschlossen sind, führten Mitte November einen Aktionstag bei UPS, DHL, TNT und FedEx durch. Ziel war, die internationalen „Großen Vier“ unter den Integratorenunternehmen zur Einhaltung von Mindestnormen zu zwingen. In Hongkong versammelten sich Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft, um über Gesundheit und Sicherheit zu beraten. Ihre Gewerkschaftskollegen in Australien führten an diesem Tag mehrere Aktionen durch, u.a. eine Informationsveranstaltung und eine Mitgliederwerbekampagne. In Frankreich starteten die in der CGT organisierten Beschäftigten von DHL eine zweite Streikwelle, die Gewerkschaft steht hier in einem Konflikt über geplante Änderungen am Lohnsystem. In Casablanca, Marokko, demonstrierten Mitglieder der Transportgewerkschaft UMT vor der DHL-Niederlassung für Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen. Weitere Aktionen fanden in Kanada, BRD, Großbritannien, Indien, Südafrika, Tansania und den USA statt. (Quelle: ITF News Online)

1,8 Millionen sind bisher aus dem Irak geflüchtet

Längst hat eine Massenflucht aus dem Irak eingesetzt. 1,8 Millionen Menschen (von rund 27 Mio. Einwohnern) sollen das Land bereits verlassen haben, darunter ein Großteil der Ärzte, Professoren, Universitätsabgänger, Geschäftsleute. Derzeit sind es täglich rund 2000 Menschen, die vor der Gewalt in die Nachbarländer, aufgrund der Abschottung aber nur zum kleinen Teil nach Europa fliehen. In Syrien leben nach offiziellen Angaben inzwischen 450.000 irakische Flüchtlinge, nach Angaben syrischer Spitzenbeamter wird ihre Zahl aber auf tatsächlich rund 700.000 geschätzt; 700.000 sind nach Jordanien (6 Millionen Einwohner) geflüchtet, 54.000 in den Iran, weitere Zehntausende nach Kuwait, Saudi-Arabien, Libanon und in die Türkei. Verschiedene Institutionen befürchten, dass die Massenflucht in die Nachbarländer die Lage in der Region weiter destabilisieren könne. Saudi-Arabien will im nächsten Jahr seine Grenze zum Irak durch einen 900 km langen „Sicherheitszaun“ versiegeln, und auch die kuwaitische Regierung will ihren schon 2004 gefassten Plan jetzt schnellstens verwirklichen, die Grenze zum Irak durch einen 200 km

BERLIN. Am 25.11.2006 demonstrierten ca. 1200 AntifaschistInnen durch Friedrichshain und Lichtenberg. Die Demo findet jedes Jahr im Gedenken an den 1992 von Neonazis ermordeten Silvio Meier statt und stand diesmal unter dem Motto „Wir sind gekommen um zu bleiben – Für eine alternative Jugendkultur“. Die Polizei blockierte einen Teil der

angemeldeten Route und ging hart vor. „Wir sind gekommen um zu bleiben“ wies vor allem auf den Zusammenhang zwischen der fehlenden linken Gegenkultur und der Präsenz von Neonazis im Kiez hin. Konsequenterweise wurde deshalb auch die Forderung nach einem linken Jugendzentrum formuliert. Wie jedes Jahr versuchten die Berliner Neonazis erneut die Demonstration und das Andenken an Silvio Meier zu behindern. So wurde im Vorfeld bereits die Gedenktafel im U-Bhf Samariterstr., vermutlich von Neonazis, gestohlen, welche diese Tat anschließend im Internet feierten. Erst letztes Jahr musste die Tafel ersetzt werden, da sie bei Sanierungsarbeiten im Bahnhof demontiert wurde. Für den 25.11 riefen die „Freien Kräfte Berlin“ außerdem zu einer „Gegendemo“ auf. Es sammelte sich dann auch wirklich ein kleines Häufchen von ungefähr 60 Neonazis am Bahnhof Lichtenberg und zog zum Tierpark, wo die Veranstaltung schließlich beendet wurde.
<http://de.indymedia.org>



Erneut Forderung nach Freigabe des Gedenkens auf Bahnhöfen

BERLIN. Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages fordert die Deutsche Bahn AG und den zuständigen Minister zu einer umgehenden Freigabe des Gedenkens auf den Publikumsbahnhöfen auf. Auch parlamentarische Gremien in Rheinland-Pfalz, Hessen und Berlin verlangen ein Ende der Sperre, die der öffentlichen Erinnerung an mehr als elftausend ermordete Kinder gilt. Eine in Paris bereit gehaltene Ausstellung über das Schicksal der Bahn-Deportierten, die in den NS-Vernichtungslagern endeten, darf laut Anweisung des Bahnvorsitzenden Mehndorn den Reisenden noch immer nicht gezeigt werden. „Es ist traurig und geradezu unerträglich, dass die (...) Ausstellung zum öffentlichen Streitfall geworden ist“, sagt Horst Friedrich (MdB), verkehrspolitischer Sprecher der FDP und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, im Gespräch mit der Redaktion von *german-foreign-policy*. Minister Tiefensee (SPD) lasse sich von Mehndorn „wie einen Tanzbären durch die Manege“ führen, statt den Bahnmanager durch Dienstanweisung zur Aufgabe seines Widerstands zu zwingen.

www.german-foreign-policy.com

Erster Armuts Gipfel in Deutschland

HILDESHEIM. Der am 7. November in Hildesheim zu Ende gegangene Armuts Gipfel war der erste in Deutschland. Zwei Tage hatte die Nationale Armutskonferenz (nak) Menschen mit Armutserfahrungen nach Hildesheim eingeladen. 50 Betroffene oder mit ihnen in direktem Kontakt Stehende nahmen an dem Austausch teil. Dieser erste nationale Armuts Gipfel in Deutschland hat die Treffen der Europäischen Armutsbewegung zum Vorbild. Im Zuge ihrer EU-Ratspräsidentschaft wird die Bundesregierung Gastgeberin für das europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrung sein. Bereits im Jahr 2000 haben die europäischen Regierungschefs beschlossen, Beratung aufzunehmen mit allen Gruppen von Betroffenen, für die die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten gesetzliche Regelungen umsetzen und mit denen sie Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen wollen. So sollen Menschen mit Armutserfahrung bei der Lösung ihrer Probleme einbezogen werden. Eine wichtige Forderung an die Politik ist für nak-Sprecher Marcus die Förderung der Bildungsentwicklung von Kindern in Armut. „Wir fordern, einmalige Leistungen wie Nachhilfe und Vereinsbeiträge gegen Belege anzuerkennen.“ Generell seien in den Kommunen regelmäßige Gespräche zwischen Amtsmitarbeitern und Betroffenen einzurichten.

www.nationale-armutskonferenz.de

Finanzielles Aus für Pilotprojekt „Saubere Kleidung“

WUPPERTAL, den 22.11.06: Das weltweit drittgrößte Sportartikelunternehmen Puma hat das Pilotprojekt mit der deutschen Kampagne für „Saubere“ Kleidung (Clean Clothes Campaign = CCC) zu Sozialstandards bei Zulieferern in El Salvador und Mexiko scheitern lassen. Hoffnungsvolle Ansätze, die die gemeinsame Zwischenbilanz vom 9.6.06 zur Behebung von Arbeitsrechtsverletzungen noch aufgezeigt hatte, sind durch die Weigerung Pumas, weitere Mittel für das Projekt zur Verfügung zu stellen, zunichte gemacht worden. Im Dezember 2005 hatte das zunächst auf ein Jahr begrenzte Pilotprojekt bei zwei Puma-Zulieferern in El Salvador begonnen. Die lokale Monitoring-Organisation GMIES (Grupo de Monitoreo Independiente de El Salvador) und die Frauenorganisation ORMUSA (Organización de Mujeres de El Salvador) sollten die Einhaltung von Arbeitsnormen wie vor allem Lohnstandards, Gewerkschafts- und Frauenrechten überprüfen. Diese Normen sind Bestandteil der

Verhaltenskodizes von Puma und CCC sowie der US-amerikanischen Kodex-Kontrolleinrichtung Fair Labor Association, in der Puma Mitglied ist. Das finanzielle Aus des Pilotprojekts zwischen Puma und CCC nährt den Verdacht einer Instrumentalisierung der CSR-Politik für Werbezwecke im Umfeld der Fußball-WM, wie sie auch bei anderen Sportartikelunternehmen verbreitet war. www.saubere-kleidung.de

Kongress „Solidarische Ökonomie“

BERLIN. Mit 1400 registrierten TeilnehmerInnen sind mehr als doppelt so viele Menschen zum Kongress „Wie wollen wir wirtschaften? – Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ gekommen als erwartet. Damit entstand eine Brücke zu schon lange bestehende Projekte der älteren Generation. Neben verschiedenen Sektoren der Solidarischen Ökonomie waren viele Aktive aus sozialen Bewegungen vertreten, darunter viele internationale Gäste. Der Trägerkreis des Kongresses will seine Arbeit fortsetzen, die Diskussion verstetigen und in etwa zwei Jahren erneut eine Großveranstaltung organisieren. In den nächsten Monaten wird eine Kongressdokumentation als Buch erscheinen. In der Folge soll eine Vortragstournee stattfinden und die Botschaft des Kongresses in die Regionen tragen. Die Internetseite www.solidarische-oekonomie.de wird zu einer Kommunikationsplattform ausgebaut und die dazugehörige E-Mailingliste weiterlaufen.

Keine deutschen Waffen an Kriegsparteien

BERLIN. Einen Stopp von Waffenlieferungen an Israel und andere Staaten in Nahost fordert eine Petition die am 20.11.2006 von den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) zusammen mit der „Kooperation für den Frieden“ (u.a. Ohne Rüstung Leben, Bund für Soziale Ver-

OSNABRÜCK. Am 25.11.2005 demonstrierten ca. 70 Flüchtlinge des Lagers Bramsche-Hespe und ca. 30 Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger für eine humane Unterbringung von Flüchtlingen. Anlass ist der derzeitige Kantinenstreik in Bramsche-Hespe, bei dem schon im fünften Tag die Nahrung aus der Kantine boykottiert wird. In einem bunten Protestzug zogen die Menschen mit Trommeln, Kochtöpfen und Rasseln lautstark durch die Innenstadt. Auf Zwischenkundgebungen und auf der Abschlusskundgebung berichteten Flüchtlinge über die Situation im Lager Bramsche-Hespe. Es wurde angekündigt, den Streik fortzusetzen. Derzeit versorgen verschiedene Unterstützungsgruppen aus der Region die Streikenden mit Lebensmitteln, damit die Flüchtlinge selbstbestimmt ihre Nahrung zubereiten können. Hierzu werden jedoch noch dringend Geld- und Lebensmittelspenden benötigt. Spenden können auf folgendes Konto überwiesen werden: Arbeitskreis Dritte Welt e.V., Konto-Nr. 015 131 337, BLZ 280 501 00, LZO, Verwendungszweck: Aktionstage
<http://de.indymedia.org>



teidigung, Pax Christi, und das Netzwerk Friedenskooperative), an den Deutschen Bundestag übergeben wird. Die verantwortlichen Ministerien des Auswärtigen sowie Wirtschaft und insbesondere der Bundessicherheitsrat werden im Wortlaut der Petition aufgefordert, „sich strikt an die Richtlinien zu halten, nach denen eine Ausfuhrgenehmigung verweigert werden sollte.“ In den kommenden sechs Wochen wird die Petition auf der Homepage des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Dort kann jeder interessierte Bürger seine Stimme einbringen. www.ipprw.de

Prozess gegen Kriegsgegner

KÖLN. Nach den Tumulten am ersten Prozesstag Ende Oktober wurde am 23. November der Prozess unter Abtrennung von den rund 100 ZuschauerInnen hinter Plexiglas und unter großem Polizeiaufgebot neu gestartet. Angeklagt war nicht die Bundeswehrführung, die ihre Transformation hin zu einem der europäischen Hauptakteure in der Durchführung von Angriffskriegen rasant fortschreibt, sondern vier der zahlreichen AntimilitaristInnen, die im letzten Jahr die Propagandashow der Bundeswehr zu ihrer 50-Jahr-Feier in Köln angegriffen haben. Der Vorwurf der Volksverhetzung, mit dem die AktivistInnen auf Strafantrag der Bundeswehr kriminalisiert werden sollten, konnte abgewehrt werden. Die zwei Kriegsgegner, die während des Gelöbnisses am 21. September 2005 ein Transparent mit der Aufschrift „Wir geloben, zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ vom Kölner Dom herunterließen, wurden wegen Beleidigung der dort vereidigten Rekruten und Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von je 60 Tagessätzen verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden Aktivistinnen, die zum Zapfenstreik ein Transparent „Soldaten sind Mörder! K.T.“ von einem Balkon des Domhotels zeigten, wurde eingestellt. Die Kosten dieses Verfahrens

trägt die Staatskasse. Die Initiative Bundeswehr-Wegtreten hat zur weiterführenden inhaltlichen Auseinandersetzung u.a. die Prozess-Beiträge der Angeklagten zusammengestellt und veröffentlicht auf der Webseite:
www.bundeswehr-wegtreten.tk

Klagen eingereicht

DÜSSELDORF. Fast 2000 Studenten traten bisher ihre Forderungen zur Rückzahlung der Studiengebühren an die ASten in NRW ab, die damit die Hochschulen auf rund 1 Million Euro verklagen. Zentraler Aspekt der Klagen: die Ungleichbehandlung der Studierenden und den Verstoß gegen den „UN-Sozialpakt“. RA Wilhelm Achelpöhl: „Die Chancen, die Klagen zu gewinnen, sind groß.“ www.bewegungsecho.de

Reform des Schulsystems dringend

FRANKFURT A.M. „Was für eine Schule wollen wir?“ – diese Frage stellte sich der Arbeitskreis LehrerInnenbildung und Schule des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) auf seiner Tagung am 19./20.11.2006 in FfM. In insgesamt 15 AGs analysierten die 60 TeilnehmerInnen das deutsche Schulsystem kritisch auf Anspruch und Wirklichkeit und diskutierten mit VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aktuelle Reformbestrebungen sowie das Verhältnis von Bildung und Demokratie. „Vom 8. bis 10.12.2006 sollen auf Grundlage dieser Tagung in einer Zukunftswerkstatt konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Schulsystems erarbeitet werden.“ www.fzs.de

Mehr Mitspracherechte für Bürger

DRESDEN. Der Rat der Stadt hat mit 39 zu 28 Stimmen am 9.11.2006 den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitsprache und Beteiligung eingeräumt. Damit sinkt das Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren in Dresden von jetzt 15

auf künftig fünf Prozent. In Sachsen sieht die Gesetzeslage vor, dass eine solche Änderung des Unterschriftenquorums durch die kommunalen Parlamente vorgenommen werden kann, indem die Hauptsatzung geändert wird. Neben Sachsen bietet sich diese Möglichkeit nur noch in Thüringen. Bisher mussten in Dresden 59.328 Menschen (15 Prozent der Wahlberechtigten) ein Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützen, bevor es erfolgreich war. Künftig sinkt diese Hürde auf 19.776 Unterschriften. „Gerade vor dem Hintergrund aktueller Umfragen, nach denen die Deutschen mehrheitlich unzufrieden mit unserer Demokratie sind, ist es nun dringend geboten, dass auch andere sächsische Kommunen dem Dresdener Beispiel folgen“, findet Häfner außerdem. „Und auch in Thüringen könnten sich die Kommunen ein Beispiel an der Stadt Dresden nehmen.“ www.mehr-demokratie.de

60 Jahre hessische Verfassung

FRANKFURT AM MAIN. Die Linksfraktion im Bundestag (Büro Wolfgang Gehrcke) führte am 26. November eine Konferenz aus Anlass des 60. Jahrestages der hessischen Verfassung („Was muss sich ändern? Die Verfassung oder die Realität?“) durch. Die Verfassung, an der auch die KPD mitgewirkt hatte, war vor der Gründung der BRD in der amerikanischen Besatzungszone per Volksentscheid eingeführt worden. Sie enthält vergleichsweise weitgehende politische Zielsetzungen (Wirtschaftsdemokratie, Arbeitsschutz, Frieden und Antifaschismus, direkte Demokratie). An der Konferenz, zu der hessenweit eingeladen wurde, nahmen rund 200 Menschen teil. Sie wurde u. a. unterstützt von der WASG Hessen, der DKP Hessen, der Feministischen Partei, der Humanistischen Union, der VVN-BdA, der Freireligiösen Landesgemeinschaft Hessen und Initiativen der Friedensbewegung. Es gab einleitende Referate zum geschichtlichen Hintergrund und Arbeitsgruppen. An der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen u. a. VertreterInnen der DGB-Gewerkschaften – darunter der hessische DGB-Vorsitzende Körzell – und der Landtagsabgeordnete Jürgens (Die Grünen) teil. Die eingeladene Landtagsabgeordnete der SPD war nicht erschienen. Gegenstand der Diskussion waren aktuelle Maßnahmen der CDU-Landesregierung (Studiengebühren, Aufhebung des Ladenschlusses, Privatisierung von Uni-Kliniken), die nach überwiegender Ansicht des Podiums gegen die hessische Verfassung verstoßen. Die Konferenz war auch zur Unterstützung der OB-Kandidatur der Linkspartei/WASG in Frankfurt (Januar 2007) gedacht. Außerdem spielte die Kandidatur zu den Landtagswahlen (2008) bereits eine Rolle. *ola*

Bürgerentscheid in Freiburg

Wie bereits berichtet entschied am 12. November eine deutliche Mehrheit (über 70%) gegen den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft Freiburger Stadtbau und auch das hohe Quorum von 25% Zustimmung aller Wahlberechtigten wurde bei einer Wahlbeteiligung von fast 40% erreicht – eine politische Niederlage für den grünen OB Salomon, auch in den Hochburgen der grünen Partei war die Ablehnung des Verkaufs sehr eindeutig. Die Probleme der Stadt (nicht genehmigungsfähiger Haushalt wegen Überschuldung) und der städtischen Wohnungsgesellschaft (Sanierungsbedarf bei relativ niedrigen Mieten) sind damit nicht gelöst. OB Salomon und Stadtverwaltung halten jetzt harte Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich für notwendig; die Alternativvorschläge von Bürgerinitiative, SPD und Unabhängige Listen seien entweder nicht realisierbar oder nicht ausreichend. Wir dokumentieren Stellungnahmen von Bürgerinitiative und Linker Liste, wie diese Probleme angegangen werden sollen.

Wie weiter nach dem positiven Bürgerentscheid?

„Wohnen ist Menschenrecht“ bietet konstruktive Zusammenarbeit an. Auf der ersten Mitgliederversammlung nach dem positiven Bürgerentscheid hat die Bürgerinitiative „Wohnen ist Men-

schenrecht“ (WiM) einstimmig beschlossen, die überaus erfolgreiche Arbeit im Sinne der Bürgerschaft fortzuführen. 41.500 Menschen hätten allen politisch Verantwortlichen einen klaren Auftrag erteilt, nämlich eine nachhaltige und sozial ausgewogene Haushaltspolitik auf den Weg zu bringen. Drastische Spar- und Kürzungsandrohungen im Kultur- und Sozialbereich seien weder mit dem Wählerauftrag des Bürgerentscheides noch mit der realen Wirtschaftslage zu vereinbaren. Die bereits Monate vor dem Bürgerentscheid definitiv beschlossenen Kürzungen von Zuschüssen dürften jetzt im Nachhinein nicht mit dem Ausgang des Entscheides in Zusammenhang gebracht werden. Zudem gäbe es durch neue Steuermehreinnahmen von rund 16 Millionen Euro für den Stadthaushalt eine völlig andere Sachlage. Die Kürzungsbeschlüsse müssten zurückgenommen werden. WiM erwartet von OB Salomon und Stadtkämmerer Neideck insbesondere eine Beendigung der Einwegstrategie („Es gibt nur eine Lösung“). Seit dem Frühjahr dieses Jahres lägen eine Vielzahl von Ideen und Alternativvorschlägen auf dem Tisch. Nunmehr sei es an der Zeit, diese wieder hervorzuholen und angesichts der neuen Sachlage sachlich und objektiv zu prüfen.

WiM bietet dem Oberbürgermeister und dem gesamten Gemeinderat eine konstruktive und faire Zusammenarbeit auf dem Weg zu einer sozial ausgewogenen und nachhaltigen Haushaltskonsolidierung an. Dabei sollten die guten Erfahrungen im Beteiligungsmodell zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes aufgegriffen und durch andere Reformmodelle, wie beispielsweise das eines Bürgerhaushaltes, ergänzt werden. WiM sei überzeugt, dass es in der Bevölkerung eine sehr große Bereitschaft gäbe, gemeinsam nach Lösungswegen zu suchen. Erfolgreiche Politik könne nur mit der Bürgerschaft und nicht gegen sie gelingen.

Einen „Befreiungsschlag“ wolle die Bevölkerung definitiv nicht. Aber eine systematische behutsame Haushaltssanierung, die weder städtisches Vermögen preisgebe noch zu Lasten der finanziell Schwachen und sozial Benachteiligten gehe, würde geradezu gefordert. Ein solcher Schritt könne z.B. der Erwerb der städtischen Erbbaugrundstücke oder von Teilen der Wohnungen des Liegenschaftsamtes durch die Stadtbau sein. Die extrem hohe Eigenkapitaldecke der Stadtwerke erlaube ebenfalls durchaus Transfers in den städtischen Haushalt. Damit könnten die fälligen Darlehensrückzahlungen in 2007 geleistet und ein genehmigungsfähiger Haushalt vorgelegt werden. Solche Transfers gehörten in Freiburg wie in anderen Städten zur Tagesordnung. Das vermeintliche Argument, dies sei rechtlich nicht zulässig, wurde bereits in einem Rechtsgutachten des renom-

■ Alternativvorschläge zum Stadtbau-Verkauf wurden geprüft:

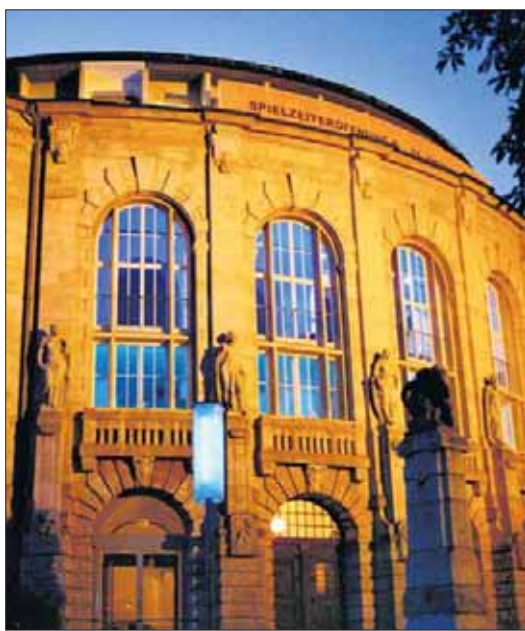
Nicht ausreichend, nicht möglich oder unwirtschaftlich

Kann Freiburg auch ohne einen Verkauf der Stadtbau wieder zu einem solide finanzierten und ausgeglichenen Haushalt kommen? Aus der Bürgerschaft, aus dem Gemeinderat und von vielen interessierten Gruppen sind zahlreiche Alternativvorschläge und Ideen erarbeitet worden. Wir haben uns die Prüfung nicht leicht gemacht und dazu auch externe Fachleute zu Rate gezogen. Das Ergebnis ist leider ernüchternd: Kein Vorschlag führt kurzfristig zu einer wirksamen Entlastung des Haushalts, wie sie jetzt notwendig ist.

Die wichtigsten Alternativvorschläge auf einen Blick:

Erhöhung der Gewerbesteuer: Das wäre möglich, würde aber bei weitem nicht ausreichen. Ein Aufschlag um 10 Prozentpunkte auf einen Hebesatz von 440 (Spitzenwert in Baden-Württemberg) würde unterm Strich rund 3,6 Millionen Euro jährlich erbringen – allerdings auch das Risiko, dass Arbeitsplätze verloren gehen.

(Teil-)Verkauf der städtischen Badenova-Anteile: Die jährlichen Einnahmen aus der Badenova-Beteiligung sind höher als eine mögliche Entlastung an Zins und Tilgung. Wirtschaftlich wäre also ein Verkauf nicht sinnvoll.



Der Verkauf des Theaters ist keine Alternative: Das Gebäude gehört einer Leasinggesellschaft (Foto: R. Buhl)

Verkauf der städtischen Wohnungen an die Freiburger Stadtbau: Dafür müsste die Stadtbau Schulden aufnehmen – und das zu schlechteren Konditionen, als die Stadt das kann. Eine Verschiebung von Schulden zwischen Stadt und städtischen Gesellschaften lässt das Regierungspräsidium nicht zu.

Die Stadtbau verkauft nur einen Teil ihrer Wohnungen: Ein solches Geschäft würde wegen einer steuerrechtlichen Besonderheit mit etwa 37 bis 38 Prozent besteuert, wenn der Gewinn an die Stadt transferiert wird. Entsprechend weniger vom Erlös kommt dem Haushalt zugute und würde zur Entschuldung nicht reichen. Und: Bei der Stadtbau müsste Personal abgebaut werden.

Verkauf von städtischen Baugrundstücken: Im Flächennutzungsplan sind bereits alle künftigen Bauflächen erfasst und soweit kurz- und mittelfristig möglich bereits als Einnahmen im Haushalt berücksichtigt. Die Stadt verfügt kaum mehr über nennenswerte eigene Flächen, die sich mittelfristig zu Geld machen lassen.

Erweiterung des Stadtteils Rieselfeld: Das westliche Rieselfeld ist Naturschutzgebiet und zudem europäisches FFH-Schutzgebiet. Dort kann nicht gebaut werden. Selbst wenn es möglich wäre, würde eine Aufhebung

dieser Schutzgebiete viele Jahre dauern.

Verkauf des Stadtwaldes: Das wäre möglich, würde aber nur einen Bruchteil dessen einbringen, was für eine Schuldentilgung benötigt wird. Und der Charakter des Stadtwaldes als Erholungswald würde sich bei einem privaten Eigentümer stark verändern.

Verkauf der städtischen Erbbaugrundstücke an die Stadtbau: Um den Kaufpreis bezahlen zu können, müsste die Stadtbau sich verschulden oder den größten Teil ihrer Wohnungen verkaufen. Dann werden beim Transfer an die Stadt 38 Prozent Steuern fällig. Fazit: Unwirtschaftlich.

Verkauf von Messe, Konzerthaus oder Theater: Das sind kommunale Einrichtungen, die keinen Gewinn abwerfen, sondern jährlich mit hohen Summen bezuschusst werden müssen. Niemand würde ein Haus erwerben und weiter betreiben, an dem nichts zu verdienen ist. Das Theater gehört überdies einer Leasinggesellschaft, und für Messe und Konzerthaus müssten die Landeszuschüsse wieder zurückgezahlt werden.

Das bedeutet: Diese (und viele andere) Vorschläge bringen uns nicht weiter. Auch ein „Paket“ aus mehreren Schritten reicht nicht aus, um alle Schulden zurückzuzahlen.

Die Argumente, die der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung vor dem Bürgerentscheid gegen die Alternativvorschläge von SPD und Unabhängigen Listen vorbrachten, spielten anscheinend für die Wählerinnen und Wähler nicht die entscheidende Rolle. (Aus dem Sonderdruck des Amtsblatts vom Oktober 2006 mit den Argumenten für und gegen den Wohnungsentscheid)

mierten Kommunalrechtlers Prof. Dr. jur. Alfons Gern ausgeräumt. Nunmehr ginge es darum, dass der Oberbürgermeister auch gegenüber dem Regierungspräsidium selbstbewusst und entschieden auftrete. In diesem Falle könne er sich der Zustimmung der Bevölkerung gewiss sein.

Dasselbe gelte für ein nachdrückliches Auftreten der Gemeinderatsfraktionen gegenüber den Regierungen in Bund und Land. Es könne nicht länger angehen, dass die Reichen und Superreichen über Steuererleichterungen entlastet werden, während die Gemeinden immer mehr in den finanziellen Ruin getrieben werden. Der Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Gemeinden müsse endlich den realen Erfordernissen angepasst werden.

Im übrigen gelte es selbstverständlich, die partizipativen Beteiligungsmodelle, wie sie vom Freiburger Miethäusersyndikat oder dem Bauverein vorgeschlagen wurden, weiter zu diskutieren und auf eine solide Basis zu stellen. Genossenschaftliche Lösungen, die eine größere Mitverantwortung der Mieterinnen und nebenbei auch Kosteneinsparungen zur Folge hätten, fänden bei WiM große Sympathien. Der Bürgerentscheid biete allen kommunalen Akteuren nunmehr die Chance zum sorgfältigen Diskurs und zur soliden Vorbereitung nachhaltiger Entschuldungskonzepte. Ein Haushalt, der über Jahrzehnte immer tiefer in die roten Zahlen gefahren worden sei, könne eben nicht mit der Brechstange im Hauruckverfahren vernünftig saniert werden. **Wohnen ist Menschenrecht, Bürgerinitiative für den Erhalt städtischer Wohnungen, www.wohnen-ist-menschenrecht.de**

Blut und Steine

CDU und Grüne ziehen Konsequenzen aus dem erfolgreichen Bürgerentscheid zum Erhalt der städtischen Wohnungen: Verschärft weitermachen wie bisher!

(von cf, www.lisst.de) Der erfolgreiche Bürgerentscheid war ein Signal. Ein Signal an alle Politiker, dass sie zwischen den Wahlen nicht ungestört Wahlversprechen brechen und gegen den Willen der Wählerinnen und Wähler regieren können. Und ein Signal an die Wählerinnen und Wähler, dass es möglich ist, auch zwischen den Wahlen politisch Einfluss zu nehmen.

Politikverdrossenheit zu beklagen gehört für alle Parteien zum guten demokratischen Ton, hindert sie aber meist nicht daran, Entscheidungen zu treffen, die diese Verdrossenheit erst erzeugen. Der Bürgerentscheid hat sich mit seiner Wahlbeteiligung in ähnlicher Höhe wie bei einer Kommunalwahl, aber auch mit der hohen Wahlbeteiligung in Weingarten und Haslach als wirksames Mittel gegen Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung in Freiburg erwiesen.

Dieses erfreuliche Faktum wird von CDU und Grünen allerdings nur zähneknirschend hingenommen. Und alle Ankündigungen deuten darauf hin, dass dem Wahlvolk solche störenden „Einsparungen“ in den politischen Prozess zukünftig ausgetrieben werden sollen.

So behauptet OB Salomon, ein Plan B existiere nicht. Bezogen auf das postulierte Ziel einer sofortigen Totalentschuldung (die aufgrund der Kreditlaufzeiten zudem gar nicht möglich ist) hat er recht. Bezogen auf das Ziel genehmigungsfähiger Haushalte und einer mittelfristigen Entschuldung ist Salomons Aussage schlichtweg falsch. So haben etwa die Unabhängigen Listen sehr konkrete Vorschläge für einen Plan B gemacht und auch aus der SPD, der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“, zahlreichen anderen Gruppen und Initiativen und der Bevölkerung kamen mehrere Hundert Vorschläge.

Zur Erinnerung: Diese Vorschläge wurden von OB und Verwaltung binnen weniger Tage angeblich eingehend geprüft und allesamt verworfen, da sie ungeeignet seien, das Ziel der schlagartigen Totalentschuldung zu erreichen. Statt eines angekündigten großen Sprunges mit dem Risiko einer Bauchlandung (der Mehrheit der Freiburger war dieses Risiko offensichtlich zu groß), müssen jetzt alle Vorschläge ernsthaft geprüft werden und Einzelschritte als Möglichkeit des Vorankommens umgesetzt werden.

Die Vorschläge der Unabhängigen Listen unterscheiden sich übrigens deutlich von den durch Salomon angekündigten Kürzungsorgien im sozialen und kulturellen Bereich. Somit ist der Kurzschluss des „Badische Zeitung“-Kommentators Uwe Mauch, dass, weil Salomon sich beim Bürgerentscheid eine blutige Nase geholt habe, jetzt alle Freiburger bluten müssten, eben nur dann annähernd zutreffend, wenn sich CDU und Grüne mit ihren angekündigten unsozialen Plänen durchsetzen. Annähernd, da zu vermuten ist, dass etwa die Besitzer des Rombachschen Verlags- und Buchhandelsunternehmens oder des Colombi-Hotels auch in diesem Fall mal wieder deutlich weniger bluten werden als die durchschnittlichen Freiburger und Freiburgerinnen.

Ähnlich ignorant ist die Behauptung der CDU-Fraktionsvorsitzenden Martina Feierling-Rombach, mit dem Ja beim Bürgerentscheid habe die Bürgerschaft zu verstehen gegeben, „dass sie den steinigen Weg des Sparens gehen will“, statt der aus ihrer Sicht naheliegenden Lösung (Stadtbauverkauf) zuzustimmen. Interessant hieran ist, dass Frau Feierling-Rombach so tut, als handle es sich um zwei alternative Wege: Entweder FSB-Verkauf oder Sparen. Als ob der Sparwahn der vergangenen Jahre im Falle eines FSB-Verkaufs ein Ende ge-

Die wichtigsten Alternativvorschläge zur Haushaltssanierung

- Erhöhung der Gewerbe-, Grund- und Grunderwerbssteuer um jeweils 10% auf 440 bzw. 550 Punkte. Jährliche Mehreinnahmen für die Stadt: ca. 12 Mio. Euro, langfristig durch Änderungen bei den Schlüsselzuweisungen vermutlich reduziert auf ca. 7 bis 9 Mio. Euro. Laut aktuellster Steuerschätzung vom Oktober 2006 belaufen sich die Mehreinnahmen für 2006 auf ca. 16 Mio. Euro, davon allein ca. 7 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer.
- Abführung eines Teils der Gewinne der Sparkasse entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten und Entnahme eines Teils der Stadtwerkerücklagen. Weiter wird gefordert, das Konzerthaus und die Neue Messe mit Erweiterung zu verkaufen. Gesamte aufgelaufene Schulden dieser beiden Renommierprojekte: 170 Mio. Euro. Jährliche Einsparung für die Deckung der Defizite: 6 bis 7 Mio. Euro. Neben diesen konkreten Maßnahmen fordert die „Unabhängige Liste“ eine grundlegende Umkehr in der Finanzausstattung der Kommunen durch Land und Bund.

funden hätte. Interessant auch, wie selbstgefällig hier aus der Ablehnung der Privatisierungspolitik durch die Bevölkerung eine vermeintliche Unterstützung der Sozial- und Kulturabbaupolitik der schwarz-grünen Gemeinderatsmehrheit gemacht wird.

Auffällig an der ganzen Diskussion ist – und auch hier ist alles wie gehabt – die strikte Weigerung dieser Mehrheit, sich für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommune durch eine Erhöhung der regelmäßigen Einnahmen einzusetzen. Während die schwarz-grünen Gemeinderäte den FSB-Verkauf und damit eine Mehrbelastung der Freiburger MieterInnen (unmittelbar der FSB-MieterInnen, mittelbar aller MieterInnen) oder eine Sparpolitik zulasten der weniger begüterten FreiburgerInnen offensichtlich für zumutbar halten, sind etwa die Erhöhung der Gewerbesteuer auf Mannheimer Niveau (wie es die Linke Liste seit Jahren fordert) oder eine kleine Grundsteuererhöhung (die Grund- und Eigenheimbesitzer ein wenig belasten würde) für sie Tabus. Bundesweit haben CDU, SPD, Grüne und FDP Steuerreformen zu verantworten, mit den Milliardenereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen in Steuergeschenken für Unternehmen und die Reichen umgewandelt wurden und werden.

Wenige Tage nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid ist jedenfalls schon absehbar, dass es noch mancher Anstrengung bedarf, um eine sozialverträgliche Haushalts- und Entschuldungspolitik durchzusetzen. Die Linke Liste – Solidarische Stadt wird nach Kräften für eine solche Politik streiten.

Aus: Kommunal Berichte Stuttgart Nr. 24 / 2006

Quadratmeterwerte oft zu niedrig:

KASSEL. Das Bundessozialgericht Kassel hat die Rechte von Hartz-IV-Empfängern auf angemessenen Wohnraum gestärkt. Die Richter monierten einen zu „ungenauen Rechtsbegriff der angemessenen Größe“ von Wohnraum und forderten die Arbeitsgemeinschaften (Argen) auf, in ihren Gemeinden zuverlässigere Erhebungen vorzunehmen. Senatsvorsitzender Peter Udsching rügte die übliche Praxis, wonach die Mietobergrenze einfach nach der bundesweit einheitlichen Wohngeltabelle festgelegt wird. Dazu sei das Mietpreisniveau in den Städten und Gemeinden viel zu unterschiedlich. Auch eine willkürliche Festlegung der angemessenen Wohnungsgröße könne nicht hingenommen werden. Sie müsse sich an den in den einzelnen Ländern für Sozialwohnungen üblichen Größenordnungen orientieren. Diese liegen teils erheblich über den Wohnraumgrößen, die die Argen den Empfängern von ALG II zugestehen. In einem weiteren Wohnungsurteil konnte sich eine Klägerin gegen den Kreis Augsburg Land durchsetzen. Hier ging es um die Frage der zulässigen Quadratmetergröße bei Wohneigentum. Der Landkreis wollte der arbeitslosen Klägerin nur 60 qm zubilligen. Das Gericht mahnte daraufhin eine bundeseinheitliche Regelung an, bis zu welcher Größe Eigentumswohnungen oder Häuser zum „Schonvermögen“ gerechnet werden können, an dem sich die Argen nicht vergreifen dürfen. Bei einer Orientierung an den Werten der bis Ende 2005 gezahlten Wohnungsbauförderung stehen laut Gericht einer Einzelperson 80 qm Eigentumswohnung bzw. 90 qm Wohnfläche bei einem Hausbesitz zu. Für jede weitere zum Haushalt gehörende Person erhöht sich die Quadratmeterzahl um 20, d.h. einem Vierpersonenhaushalt steht eine 140-Quadratmeter-Eigentumswohnung zu.

www.kommunale-info.de

Kalt darf's nicht auch noch werden: BOCHUM. Für die Bezieher/innen von ALG II ist das Leben schon hart genug. Da darf es nicht noch kalt werden in der Wohnung oder aber die Gefahr bestehen, dass die ARGE die monatlichen Zahlungen senkt, weil die Heizkosten angeblich zu hoch sind. Auf der Sozialausschusssitzung wurde leider deutlich, dass die ARGE bei ihrer harten Gangart bleibt. Sie ist nicht gewillt, die gängige Rechtsprechung zu berücksichtigen und wartet lieber auf Widersprüche und Klagen. Zu diesen rät selbst die SPD-Bürgermeisterin Schäfer; nach dem Motto: „Wehrt euch erstmal, dann bekommt ihr vielleicht auch Recht.“ Die Linke.PDS-Fraktion ist hingegen der Meinung, dass die MieterInnen ge-

schützt werden müssen. Nicht jede und jeder, die/der einen berechtigten Anspruch hat, wird sich auf eine juristische Auseinandersetzung einlassen. Aus diesem Grund stellt die Linksfraktion für die nächste Sozialausschusssitzung den Antrag, die Richtlinie zu verbessern. „In unserem Antrag fordern wir die Verwaltung auf, die Richtlinie zur Ermittlung angemessener Heizkosten so zu überarbeiten, dass die tatsächlichen Heizkosten übernommen werden. Da Menschen individuell betroffen sind, können nicht irgendwelche Durchschnittswerte der Maßstab für das Handeln sein. Wir befinden uns mit unserem Antrag auch durchaus auf der Linie der Rechtssprechung der Sozialgerichte. Diese haben immer wieder für Recht erkannt, dass die tatsächlich angefallenen Heizkosten übernommen werden müssen.“

www.pds-ratsfraktion-bochum.de

Städte dürfen Einnahmen aus einem CBL-Deal einsacken:

BOCHUM. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat entschieden, dass Einnahmen aus einem sogenannten Cross-Border-Leasing-Geschäft (CBL-Geschäft) nicht zur Verminderung von Entwässerungsgebühren eingesetzt werden müssen. Zur Begründung führte das OVG an, dass die einmalige Einnahme keine hinreichende Verknüpfung zu den durch das Kanalnetz verursachten Kosten aufweise. Der Erlös aus dem CBL-Geschäft sei betriebsfremd. Die GebührenzahlerInnen dürften nur mit den durch die Abwasserentsorgung entstehenden betriebsbedingten Kosten belastet werden. Dementsprechend müsse eine betriebsfremde Einnahme bei der Gebührenberechnung außer Betracht bleiben. Der Bochumer Mieterverein hatte seine Beteiligung am Bürgerbegehren in Bochum entscheidend damit begründet, dass die Stadt die Einnahmen aus dem CBL-Geschäft nicht an die GebührenzahlerInnen weitergebe.

www.bo-alternativ.de

LINKSBÜNDNIS liefert Musteranträge. HANNOVER. DAS LINKSBÜNDNIS in der Regionsversammlung will Bedürftigen helfen, etwas Weihnachten feiern zu können: Die Fraktion gibt Musteranträge an Interessierte, mit der die Kommune vor Ort gebeten wird, Betroffenen ein Weihnachtsgeld in Höhe von 80 Euro zu geben und für jedes weitere Haushaltsmitglied 70 Euro. Früher gab es das bereits für Sozialhilfeempfänger. Mit Hartz IV wurde es abgeschafft. „Jeder Kommune in der Region Hannover steht es frei, dieses Geld zu zahlen“, sagt Jörn-Jan Leidecker, sozialpolitischer Sprecher des Linksbündnisses in der Regionsversammlung. „So kann man wenigstens einmal im Jahr den Betroffenen eine kleine Freude be-

reiten. Armut beginnt vor unserer Haustür.“ Die große Mehrheit in der Regionsversammlung zeigte den Bedürftigen zu Weihnachten allerdings die „kalte Schulter“ – obwohl knapp 23 Prozent aller Familien in Hannover als arm gelten. Die Region soll nichts zahlen, beschlossen die Abgeordneten und lehnten einen Antrag des Linksbündnisses ab. Andere Kommunen sind da schon weiter, zum Beispiel in der bayerischen Stadt Burghausen: Dort haben SPD und Grüne beschlossen, die Betroffenen zu Weihnachten mit 80 Euro pro Person zu erfreuen.

www.pds-hannover.de

Abgeschmettert: MÜNCHEN. Die rot-grüne Rathausmehrheit hat die Initiative für ein Weihnachtsgeld von SGB II Empfängern abgeschmettert, obwohl die CSU das Anliegen in einem eigenen Antrag aufgegriffen hatte und die Finanzlage der Kommune diese Ausgabe ohne weiteres erlaubt hätte.

www.pds-muenchen-stadtrat.de

Öffentliche Unternehmen sichern: BERLIN. Aus dem Koalitionsvertrag: Die Koalition setzt sich für starke öffentliche Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge ein. Hierzu gehören Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wasserversorgung und -entsorgung, der Abfallwirtschaft, der Wohnungswirtschaft und im Gesundheitswesen. Das Teilnehmungsmanagement muss für diese Unternehmen weiter verbessert werden. Die parlamentarische Kontrolle für Unternehmen des Landes Berlin muss weiter qualifiziert und vertieft werden. Die Begleitung im Unterausschuss für Teilnehmungsmanagement und -controlling muss fortgeführt werden. Die Koalition lehnt Privatisierungen bei Betrieben der Daseinsvorsorge ab. Die generelle Aufgabe für Betriebe der Daseinsvorsorge ist die Preis- und Tarifstabilität bei Aufrechterhaltung hoher Qualitätsstandards. Die Koalition wird sich gegenüber dem Bund für eine weitergehende Regulierung der Energiepreise einsetzen. Die finanziellen Risiken bei landeseigenen Unternehmen sollen reduziert werden, deshalb ist es politischer Wille, so genannte Schattenhaushalte zu unterbinden. Sale & Lease Back und Cross Border Leasing Geschäfte werden abgelehnt. Die Koalition setzt sich für die Rekommunalisierung der BWB ein. Für die Wassertarifkalkulation soll in Zukunft – auf Grundlage sozial gerechter Tarifmodelle – eine Trennung von Grund- und Arbeitspreisen möglich sein. Ein Anschluss- und Benutzerzwang wird gesetzlich verankert. Damit einhergehend wird für bereits bestehende Förderanlagen bzw. -genehmigungen ein Bestandsschutz gewährleistet.

www.meine-politik.de

Streit über Privatisierung: KASSEL. Die Suche nach Käufern für die Städtischen Werke Kassel kann noch nicht wie geplant beginnen. Die Parteien sind uneins über den Sinn und die Vorgehensweise. Die Suche nach Käufern sollte bis Ende des Jahres beginnen – jetzt ist ungewiss, ob sie überhaupt in Gang kommt. Vattenfall besitzt 24,9 Prozent der Stadtwerke; der Konzern überlegt, sie abzustoßen oder weitere Anteile zu kaufen. Für die hochverschuldete Stadt ist das der Anlass, den Verkauf weiterer Anteile ins Auge zu fassen, um mit dem Erlös den Haushalt zu sanieren. Bis zu 74,9 Prozent sind im Gespräch. Die Stadt würde sich eine Sperrminorität von 25,1 Prozent sichern und das Trinkwassergeschäft weiter selbst betreiben. Inzwischen schlägt der Magistrat ein „strukturiertes Bieterverfahren“ vor, bei dem Käufer gesucht werden sollen.

„Das rechnet sich nicht“ meinen die Grünen. Was die Städtischen Werke an Gewinn abwerfen, sei mehr als die Zinseinsparung, die durch einen Verkauf von Anteilen erzielt würde. Die Grünen wollen in der Stadtordnetenversammlung beantragen, den Rückkauf der Vattenfall-Anteile zu prüfen. Ähnlich wird ein Antrag der Kasseler Linken.ASG lauten. Die CDU meint, zunächst sei ein Votum des Aufsichtsrates der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KW) nötig, zu der die städtischen Werke gehören. Wenn es zu einem Bieterverfahren kommt, will die CDU allerdings, dass auch ein hundertprozentiger Verkauf geprüft wird. Die SPD „begrüßt die Ausschreibung eines Konzeptwettbewerbs“. SPD-Vorsitzender Bernd Hoppe favorisiert allerdings die „kommunale Lösung“. So zeichnet sich ab, dass es dieses Jahr keinen Beschluss über ein Bieterverfahren für die Städtischen Werke geben wird.

Unterdessen ließ die Gewerkschaft Ver.di ein Gutachten über den Anteilsverkauf erstellen. Der Gelsenkirchener Wirtschaftsrechtler Heinz-J. Bontrup kommt darin zu dem Ergebnis: „Die wirtschaftlichen Effekte eines Stadtwerke-Verkaufs auf den Stadthaushalt Kassels sind nicht so bedeutend, als dass es hierdurch zu einer wesentlichen und nachhaltigen Entschuldung käme.“ Er rechnet vor, dass die Stadt gar vier bis fünf Millionen Euro weniger einnähme; hinzu kämen Kaufkraftverluste in einer Höhe von 150 Millionen Euro pro Jahr.

Die Städtischen Werke warnen in einem internen Papier vor dem Verlust von 300 Arbeitsplätzen, und da es zwischen ihnen und der KW diverse Synergieeffekte gebe, würde die KW bei einem Verkauf „zerschlagen“.

FR, 14.11.06

Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt: WIESBADEN. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland ist rasant gestiegen. Am Jahresende 2005 empfangen fast 630.000 Menschen Leistungen aus der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von fast 20 Prozent. Seit der ersten Erhebung 2003 hat sich die Zahl der Empfänger sogar um mehr als 43 Prozent erhöht. Die Kommunen brachten dafür Leistungen von rund 2,9 Milliarden Euro auf, von denen der Bund etwa 600 Millionen übernahm; zwei Jahre zuvor waren es noch 1,3 Milliarden Euro gewesen. Seit der Reform der Sozialgesetzgebung zum 1. Januar 2005 fallen erwerbsfähige ehemalige Sozialhilfeempfänger in den Bereich des Arbeitslosengeldes II. Nur wer dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung steht, weil er älter als 65 Jahre ist oder unter einer Erwerbsminderung leidet, kann die neue Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII beziehen. Damit waren mehr als 2 Prozent der Menschen aus dieser Altersgruppe abhängig von den staatlichen Transferleistungen.

Der durchschnittliche Bruttobedarf je Empfänger lag 2005 bei 605 Euro, wovon etwas weniger als die Hälfte auf Unterkunft und Heizung entfiel. Im Schnitt wurden je Empfänger 224 Euro an Einkommen (zum Beispiel aus Kindergeld, Altersrente, geringem Erwerbseinkommen) angerechnet, so dass netto noch 381 Euro ausgezahlt wurden. Die Mehrheit der Leistungsempfänger waren Frauen (57 Prozent), wobei die Zahl der Männer schneller anstieg. In den westlichen Bundesländern lag die Zahl der Sozialhilfeempfänger höher als im Osten. Den absolut höchsten Wert weist das einwohnerstärkste Bundesland Nordrhein-Westfalen auf mit 155.000 Personen. Rechnet man den Anteil der Bezieher auf die erwachsenen Einwohner um, weisen die Stadtstaaten Bremen (1,7 Prozent), Berlin und Hamburg (beide 1,4 Prozent) die höchsten Quoten auf vor den Flächenstaaten Saarland, Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen (je 1,1 Prozent). Die niedrigsten Werte finden sich in Thüringen (0,5 Prozent) und Sachsen (0,6 Prozent). Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, forderte eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten, weil die Kommunen allein mit dieser Aufgabe auf Dauer überfordert seien: „Der Zuschuss muss von einem Fünftel der Gesamtkosten auf ein Drittel steigen.“ Außerdem will er die Eingliederungshilfe für Behinderte aus der Sozialhilfe herauslösen und in einem eigenen Gesetz regeln.

www.dstgb.de

Zusammenstellung ulj

5000 Entlassungen bei 6 Milliarden Euro Gewinn

Bundesweite Streiks bei der Allianz

Anfang November führten die Beschäftigten des Allianz Konzerns erneut Streiks und Protestaktionen durch. Dabei fanden erstmalig auch zweitägige Streiks statt. Ziel der Proteste ist es, die geplante Standortschließungen und den Abbau von 5.000 Stellen bei der Allianz Versicherung zu verhindern. ver.di fordert von der Allianz deshalb die Vereinbarung eines Standortsicherungskonzeptes und den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. Dies lehnt der Allianz-Vorstand bisher vehement ab.

„Das Vorgehen des Allianz-Vorstands gegenüber den Mitarbeitern ist völlig unakzeptabel“, so ver.di-Bundesvorstandsmitglied Uwe Foullong. „Die Allianz eilt von Gewinnrekord zu Gewinnrekord. ver.di erwartet deshalb von der Allianz ein Umstrukturierungskonzept, welches ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommt und die Arbeit zu den Menschen bringt, statt radikal Standorte zu schließen.“

„Der Konzern betreibt seine Gewinnexzesse zu Lasten der Gemeinschaft, denn wenn die Menschen arbeitslos sind, können sie weder Steuern zahlen noch Sozialbeiträge leisten, müssten stattdessen staatliche Leistungen in Anspruch nehmen, die aus den Steuermitteln und Sozialabgaben aller finanziert werden“, kritisierte ver.di.

Etliche Beschäftigte, die dem Druck und der zusätzlichen Arbeitsbelastung nicht mehr standhielten, hätten bereits gekündigt, obwohl sie noch keinen neuen Job haben.

Verdoppelung des Gewinns

Der Überschuss der Allianz stieg allein für den Zeitraum Juli bis September auf 1,59 Milliarden Euro nach 794 Millionen im Vorjahr. Analysten hatten mit 1,24 Milliarden gerechnet. Für das Jahr 2006 rechnet die Allianz mit einem Überschuss von mehr als sechs Milliarden Euro und einem operativen Ergebnis von mindestens 9,5 Milliarden. In den ersten neun Monaten hat die Allianz ihren Gewinn aus dem gesamten Vorjahr bereits klar übertroffen und steuert damit auf ein neues Rekordergebnis zu. Für die kommenden Jahre ist schon von 10 (!) Milliarden Euro Reingewinn pro Jahr die Rede.

Damit gibt sich der Vorstand jedoch



Über 1000 auf Allianz-Demo: Am Freitag, den 10.11.2006, fand im Cinemaxx am Dammtor eine Betriebsversammlung der Allianz Versicherung Hamburg statt. In Hamburg sollen mindestens 400 Stellen vernichtet und weitere 300 bis 400 Arbeitsplätze nach Berlin und Leipzig verlagert werden. Der Vorstand ist hier zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Einen Beschäftigungssicherungsvertrag, wie von den Betriebsräten und von ver.di seit Monaten gefordert, scheut der Allianz-Vorstand wie der Teufel das Weihwasser. Gegen die Entscheidung, Standorte platt zu machen und Tausende Beschäftigte auf die Straße zu setzen, demonstrierten im Anschluss an die Betriebsversammlung über 1000 Kolleg/innen durch die Hamburger Innenstadt. In mehreren Zwischenkundengebungen richteten sich die ver.di-Vertreter an die Hamburger Bevölkerung. „Es kann nicht angehen, dass der Allianz-Vorstand auf der einen Seite sprudelnde Milliardengewinne einstreicht und auf der anderen Seite an den geplanten Stellenstreichungen und Umstrukturierungen festhält“, sagte Berthold Bose, ver.di-Fachbereichsleiter in Hamburg. (Bild: res)

nicht zufrieden. Es seien im Versicherungsgeschäft noch Anstrengungen nötig, um die erreichte Marktposition zu stärken. Die Profitabilität solle weiter gesteigert werden, um auf Dauer mit den ausländischen Rivalen wie der französischen AXA oder dem US-Konzern AIG mithalten zu können. Dabei liegt die Eigenkapitalrendite bereits bei 32 Prozent! Ungeachtet des Gewinnanspruchs bekräftigte der Vorstand seine Personalabbau-Pläne. „Es wäre falsch, sich jetzt zurückzulehnen und sich auf diesem Ergebnis auszuruhen“, sagte Vorstandsmitglied Helmut Perlet.

Streiks und Proteste

Gegen die Kahlschlagpolitik der Allianz fanden vom 7. bis 10. November bundesweit Protestaktionen statt:

7. November / Frankfurt: Unter dem Motto „Schottenwochen: Alles muss raus“ zogen 800 Allianz-Angestellte um das Allianzgebäude am Mainufer. Viele von ihnen hatten sich Masken mit dem Konterfei des Allianz-Vorstandsvorsitzenden Michael Diekmann aufgesetzt, um gegen den Personalkahlschlag zu protestieren. In Frankfurt sollen 900 der

1.600 Stellen vernichtet werden.

1. November: In Karlsruhe findet ein ganztägiger Warnstreik statt.

9./10. November: Die großen Allianz-Standorte Köln, Dortmund und Stuttgart werden zwei Tage lang bestreikt. (Der Standort Köln mit über 1200 Beschäftigten soll ganz dicht gemacht werden.) Ab 6.30 Uhr standen am 9.11. die Streikposten vor den Niederlassungen und Geschäftsstellen. Dies sind die ersten mehrtägigen Streiks überhaupt in der Geschichte der Versicherungen. Überall werden Streikversammlungen und Demonstrationen durchgeführt.

2. November: In München übergeben Allianz-Beschäftigte aus Köln und München über 100.000 Unterschriften für den Erhalt des Standortes Köln an den Allianz-Vorstand. In Hamburg demonstrierten nach einer Betriebsversammlung über 1000 Kolleg/innen durch die Hamburger Innenstadt.

Solange der Allianz-Vorstand an seinen Plänen festhält, sollen auch die Protestaktionen und Streiks fortgesetzt werden. (res)

Lokalberichte Hamburg Nr. 24 vom 23.11.06

IG Metall Bayern zu Siemens

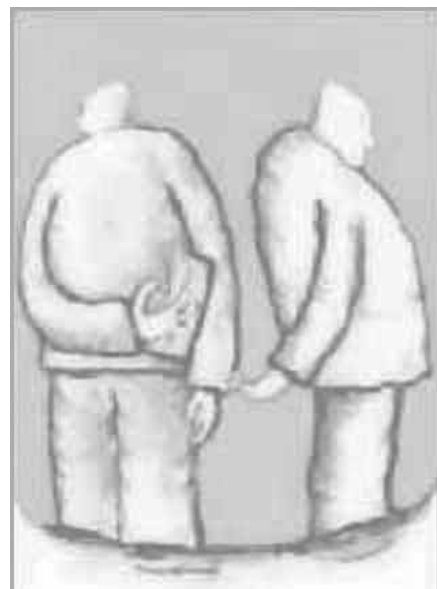
„Serie von Skandalen geschäftsschädigendes Ausmaß“

28.11.2006. München. In einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ zu den schwarzen Kassen bei Siemens übt Werner Neugebauer Kritik an den Sicherungsmechanismen bei Siemens.

„Sind die Sicherungsmechanismen bei Siemens so, dass jemand 200 Millionen Euro ohne Wissen des Vorstands aus dem Haus schleusen kann?“, fragt der Bezirksleiter der IG-Metall Bayern, Werner Neugebauer. Die Tatsache, dass es auch bei Siemens Korruption gibt, könne am Vorstand um Konzernchef Klaus Kleinfeld nicht vorbeigegangen sein, da es vor der aktuellen Affäre schon andere Fälle von Bestechung gegeben habe, so Neugebauer. Die Kritik von IG Metall-Seite kommt nicht von ungefähr: Nach Informationen der „Süddeutsche Zeitung“ hat einer der Beschuldigten gegenüber der Staatsanwaltschaft erklärt, zwei Führungskräfte aus der Abteilung Compliance seien über die Schwarzgeldkonten im Bilde gewesen und hätten sogar versucht, deren Existenz zu vertuschen.

Die Diskussion über eine 30-prozentige Erhöhung der Vorstandsgehälter, die BenQ-Pleite und nun die aktuelle Affäre ließen bei der Belegschaft die Motivation verkommen, warnte Neugebauer, die Serie von Siemens-Skandalen habe mittlerweile ein geschäftsschädigendes Ausmaß erreicht. Für Argumente wie „Schmiergelder für Auslandsaufträge sind gang und gäbe“ zeigt Neugebauer kein Verständnis. „Wir haben Gesetze.“ Wenn jemand 200.000 Euro aus einer Firmenkasse abzweigt, seien Entlassung und Strafanzeige zwingend. Bei 200 Millionen Euro dürften die Konsequenzen nicht anders sein.

<http://dialog.igmetall.de>



Für einheitliche Ladenöffnungszeiten in der Region Rhein-Neckar

Bündnis 90/Die Grünen im Verband Region Rhein-Neckar setzen sich bei den Öffnungszeiten im Einzelhandel für einen fairen Wettbewerb ein. Sie haben deshalb in die Verbandsversammlung einen Antrag auf einheitliche Öffnungszeiten in der Metropolregion Rhein-Neckar eingebracht.

„Die Länderparlamente in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen beschließen in den nächsten Wochen über die künftigen Ladenöffnungszeiten. Es steht nun zu befürchten, dass es in den drei Bundesländern sowohl für die Werktagen als auch für Sonn- und Feiertage zu unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen kommen wird“, äußert der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Verband Region Rhein-Neckar, Wolfgang Raufelder, Befürchtungen der Grünen. „Wir haben deshalb einen Antrag in die Verbandsversammlung eingebracht, in dem die Verbandsverwaltung beauftragt wird, mit den beteiligten Akteuren ein für die Metropolregion Rhein-Neckar möglichst einheitliches Konzept für Ladenöffnungszeiten zu erarbeiten.“

„Im Gebiet der Metropolregion Rhein-Neckar würden unterschiedliche Ladenöffnungszeiten zu einer unnötigen und belastenden Konkurrenz unter

den Städten und Gemeinden führen. Es muss zudem das wirtschaftspolitische Bestreben in der Region sein, gerade kleinen, familiengeführten und mittelständischen Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen auch gegenüber großen Handelsketten und Einrichtungen bzw. Zentren auf der „grünen Wiese“ zu ermöglichen. Die Region kann kein Interesse daran haben, dass unterschiedliche Ladenöffnungszeiten in unserem Verbandsraum zu weiteren Wettbewerbsverzerrungen führen“, begründet der stellvertretende Vorsitzende der Grünen Verbandsfraktion und Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg, Uli Sckerl, das Vorgehen der Grünen.

Für die Grünen ist aus den genannten Gründen eine Initiative des Verbands sinnvoll. Wolfgang Raufelder: „Im Rahmen der durch die Länderparlamente geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten muss eine Abstimmung über Ladenöffnungszeiten mit den beteiligten Akteuren, den kommunalen Gebietskörperschaften, den Regierungspräsidien, Kammern, Handelsketten, Verbänden des Einzelhandels, Gewerkschaften und Kirchen herbeigeführt werden.“

Pressemitteilung der Fraktion von Bündnis 90/Grünen im Verband Region Rhein-Neckar, 21.11.2006

Allianz für den freien Sonntag in Bayern

Gerade rechtzeitig zur Diskussion um das geplante bayerische Ladenschlussgesetz haben sich kirchliche und gewerkschaftliche Arbeitnehmer zu einer „Allianz für den freien Sonntag“ in Bayern zusammengeschlossen.

Bei der Gründungsveranstaltung in der Münchner Markuskirche erklärte der Landesfachbereichsleiter der Gewerkschaft ver.di Handel in Bayern, Hubert Thiermeyer: „Dies ist zur richtigen Zeit das richtige Bündnis. Wir wehren uns damit gegen die fortschreitende Demontage des Sonntags und des Ladenschlusses. Das Motto unserer neuen Allianz für den freien Sonntag heißt: Die Ruhe bewahren. Wir werden aber keine Ruhe bewahren, wenn der Sonntag nicht von Seiten der Politik stärker geschützt wird.“

Diakon Erwin Helmer von der katholischen Betriebsseelsorge prangert die zunehmende Aushöhlung des Sonntagsschutzes an:

„Man hat manchmal den Eindruck, der Sonntag ist zum Abschuss frei gegeben. Die ständig weitergehende Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, die neu geschaffene Möglichkeit, sonntags die Autowaschanlagen laufen zu lassen, die zahlreichen Verstöße gegen den Sonntagsschutz müssen jetzt durch eine breite Allianz der Sonntagsschüt-

zer abgestellt werden. Das Bewusstsein für den Erhalt von Werten ist wieder am Wachsen – das hilft unserer Initiative für den Sonntag.“

„Der Sonntag ist der Tag der Befreiung, der Tag der Freiheit. Am Sonntag herrschen nicht die Marktgesetze, sondern die Gesetze der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und Solidarität, und das hat klare Konsequenzen für unser Handeln. Um ein neues Bewusstsein für Sonntagskultur zu schaffen, brauchen wir die Hilfe von vielen Organisationen und Bewegungen in Bayern.“ So der Präses der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Charles Borg-Manche.

Für den evangelischen Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) und die evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (afa) sagte Werner von Hagen: „Die Allianz für den freien Sonntag wird mit einer groß angelegten Postkartenaktion an die bayerische Arbeits- und Sozialministerin Christa Stewens herantreten, um den Ladenschluss an Werktagen und den Sonntagsschutz in Bayern wirklich zu gewährleisten. Ab Januar geht die „Allianz“ dann auf die Suche nach Bündnispartnern im Bereich der Kultur, des Sports und der Sozialpolitik. Dann erhoffen wir uns wirksame Unterstützung.“

(PE ver.di)

Kommunaler Arbeitgeberverband wünscht 40-Stundenwoche.

FAZ, Sa. 11.11.06. In allen westdeutschen Städten und Gemeinden will der KAV die 40-Stundenwoche wieder einführen, dies kündigte T. Böhle, der Präsident der KAV, an. Die Mitgliederversammlung habe beschlossen, alle, mit den Gewerkschaften ausgehandelten Zugeständnisse so lange auszusetzen, bis diese der Ausweitung der Arbeitszeit zugestimmt hätten. Die Arbeitgeber beziehen sich dabei auf die Meistbegünstigungsklausel im seit 2005 gültigen Tarifvertrag öffentlicher Dienst, der den BAT und BMTG ablöst. Danach gilt jede aus Arbeitgebersicht günstigere Regelung, die Ver.di mit den Ländern abschließt, automatisch als Angebot an den Bund und an die Kommunen. Allerdings ist zwischen den Tarifparteien umstritten, ob diese Klausel in diesem Fall greift. Der KAV richtet sich nach dem Abschluss in Bayern, wonach ab 1.11.06 ein Arbeitszeit von 40 Stunden und 6 Min. pro Woche gültig ist.

EU-Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet.

FAZ, Do. 16.11.06. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist nach drei Jahren vom Europaparlament verabschiedet worden. Sie muss jetzt noch von den Mitgliedstaaten angenommen werden. Europaparlament und EU-Staaten einigten sich angesichts der anhaltenden Proteste darauf, den Entwurf zu verändern. Das Herkunftslandsprinzip sei nun aus dem Text gestrichen. Im Text stehe nun nur noch, das Dienstleister aus dem Ausland nicht benachteiligt werden dürfen. Die Berichtstermin E. Gebhardt sagte, es sei gelungen, Lohn- und Sozialdumping auszuschließen. Kritik übten Liberale, Grüne und Linke. Unzufrieden äußerte sich der Generalsekretär des europäischen Industrieverbandes Unice, Ph. de Buck. Die Richtlinie habe die EU-Rechtsprechung zusammenfassen und Klarheit für die Industrie schaffen sollen. Das sei nicht mehr gewährleistet. So gebe die Richtlinie den Staaten viel Spielraum.

Arbeitgeberverbände gegen gesetzlichem Anspruch auf Pflegezeit.

FAZ, Sa. 18.11.06. Die Pflege von Angehörigen zuhause koste weniger als im Heim. Ein Rechtsanspruch auf Pflegezeit solle dazu führen, dass sich mehr Menschen dafür entschieden, die Pflege ihrer Angehörigen zu übernehmen, was auch einen Gewinn an Humanität bedeute, sagte der saarländische Sozialminister J. Hekken (CDU). Die Arbeitgeberverbände warnen vor neuen bürokratischen und finanziellen Belastungen der Betriebe. Die Vereinbarung einer Pflegezeit sollte daher auf betrieblicher Ebene, nicht vom Gesetzgeber geregelt werden.

Presseauswertung: rst

Thüringer Delegierten zum Bundespartei haben einen wichtigen Änderungsantrag zu den Programmatischen Eckpunkten, gestellt, der sich mit der Kommunalpolitik befasst. Wir dokumentieren:

In III. 4. Politik: Mehr Demokratie wagen statt autoritäre „Sachzwangspolitik“ ist folgende Ergänzung anzufügen: Für uns sind die Kommunen im föderalen System einzigartige Lebens- und Selbstentfaltungsräume für Menschen.

Deshalb halten wir eine starke Stellung der Kommunen im föderalen System für geboten. Die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung muss auf die Gewährleistung politischer, wirtschaftlicher, sozialer, juristischer und finanzieller Freiheiten und Grundrechte für die zivilgesellschaftliche Selbstentwicklung und Selbstverantwortung ausgerichtet sein.

Die kommunale Wirtschaftstätigkeit ist eine gleichberechtigte wesentliche Säule des ökonomischen Systems. Die Formen des kommunalen Eigentums müssen im Interesse der Daseinsvorsorge erhalten bleiben.

Den Kommunen muss ein höherer Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik zugewiesen werden, damit kommunale Selbstverwaltung verwirklicht werden kann.

Mittels der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen die Kommunen kostengünstige und qualitativ hochwertige angebotsorientierte Leistungen erbringen und dabei sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen.

Die Linkspartei steht für eine Entwicklung hin zur Bürgerkommune, in der die Menschen in breitem Umfang ihre eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten. Kommunale Demokratie mit weit reichenden Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten schließt auch die Entwicklung von Bürgerhaushalten ein.

Stadtpolitische Konferenz der Linken in Hamburg.

Am 25./26. November nahmen 350 Menschen an der stadtpolitischen Konferenz der Linken in Hamburg teil und diskutierten über die grundlegenden Ziele von Linkspartei.PDS und WASG, die im Sommer 2007 – auch in Hamburg – eine neue Partei bilden werden.

Am Freitag, den 24.11.2006, stellten Linkspartei.PDS und WASG ihr Konzept „Hamburg, gesplante Stadt – für eine Politikwechsel“ vor. An der Diskussion nahmen der Wiener Stadtsoziologe Jens Dangschat sowie die Bundestagsabgeordneten aus der gemeinsamen Fraktion DIE LINKE. Luc Jochimsen, Norman Paech und Herbert Schui teil. Am Samstag diskutierten die Linken mit VertreterInnen aus Vereinen,

Verbänden, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen über deren Erwartungen an die neue Partei sowie in 16 Arbeitsgruppen über ihre politische Einzelvorstellungen in Hamburg.

Zum Verlauf und den Ergebnissen der Konferenz erklärte Berno Schuckart aus dem Geschäftsführenden Vorstand der WASG: „Das Konzept der Wachsenden Stadt beruht auf einer rigorosen Sparpolitik bei der Arbeitsmarktpolitik, im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich gegen die Interessen der Menschen. Insofern wird das letztes Wochenende medienwirksam vorgestellte Programm der „lebenswerten Stadt“ seinem Namen nicht gerecht. Strukturell und nachhaltig wird sich nichts ändern. 15 Millionen pro Jahr sind entschieden zu wenig. DIE LINKE. fordert stattdessen u.a. ein öffentliches Investitionsprogramm von mindestens 200 Mill. Euro zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in den Bereichen Bildung Soziales, Kultur.“

Herbert Schulz Landessprecher der Linkspartei.PDS ergänzte: „Die Bildung einer neuen Partei der Linken in Hamburg ist auf einem guten Weg. Das Interesse an unserer Konferenz geht weit über die Mitglieder unserer beiden Parteien hinaus. Die große Bereitschaft von Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, sich mit unseren Konzepten auseinanderzusetzen und ihre Vorstellungen und Forderungen mit uns zu diskutieren, macht deutlich, dass die Alternativen zum politischen Mainstream, für die DIE LINKE. steht, auf große Resonanz stoßen.“

Zum Abschluss der Konferenz sprachen sich die Anwesenden einstimmig aus Anlass der inhumanen Abschiebepolitik des Hamburger Senats dafür aus, „einen sofortigen einen Abschiebestopp nach Afghanistan zu erlassen“.

Bürgerschaftswahlen 2007 in Bremen

Beschluss des Landesparteitages der Linkspartei. vom 25. November 2006
Wenn Bremen am 13. Mai 2007 seine neue Bürgerschaft wählt, dann kann dies ein Datum von hoher bundespolitischer Bedeutung sein. Wir wollen, dass eine gemeinsame linke Liste erstmals den Sprung in ein westdeutsches Landesparlament schafft und die neue Linke damit sichtbar zu einer gesamtdeutschen Kraft auch auf Landesebene wird.

Die neue, gemeinsame Partei DIE LINKE. wird ihren Gründungsprozess kurz nach der Bremer Wahl abgeschlossen haben. Politisch wird bei der Bürgerschaftswahl in Bremen jedoch bereits die neue Linke antreten. Linkspartei.PDS und WASG, formal noch existent, werden in der allgemeinen Wahrnehmung bereits hinter die Ge-

stalt der neuen, vereinigten Linken zurückgetreten sein. Dies muss sich in allem niederschlagen: im politischen Charakter, der personellen Zusammensetzung und der materiellen Struktur der Liste, des Wahlprogramms, des Wahlkampfes und einer zukünftigen linken Bürgerschaftsfraktion.

Etwas anderes würden auch die WählerInnen nicht akzeptieren.

Linkspartei.PDS und WASG in Bremen hatten sich bereits seit längerem darauf geeinigt, bei der Bürgerschaftswahl nicht gegeneinander anzutreten. Wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hätte vieles dafür gesprochen, dass die Linkspartei.PDS zugunsten der WASG auf einen eigenen Antritt verzichtet, nachdem die WASG ihrerseits bei der Bundestagswahl auf einen konkurrierenden Antritt verzichtet hatte.

In der jetzigen Situation gab es jedoch auch starke Gegenargumente. Die WASG hat durch die inzwischen signalisierte Entscheidung, auf einen Antritt in Bremen zu verzichten, den Weg dafür freigemacht, dass DIE LINKE. bei der Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven wählbar sein wird. Sie hat gleichzeitig programmatische und politische Arbeit an der Gestalt einer neuen Linken in Bremen geleistet, die wir aufgreifen werden. Das Programm, das Erscheinungsbild und die Politikauffassung der neuen linken Partei in Bremen, die sich in dieser Hinsicht sehr deutlich von der „alten PDS“ unterscheiden wird, ist maßgeblich von Mitgliedern der WASG mit artikuliert worden und in enger Kooperation zwischen Mitgliedern der Linkspartei. PDS und der WASG entwickelt worden. Dahinter können und wollen wir im Wahlkampf und in einer zukünftigen Fraktion nicht mehr zurückfallen.

Der Landesverband der Linkspartei.PDS fordert den Landesvorstand auf, einen Wahlantritt der Linkspartei vorzubereiten und zu einer Aufstellungsverammlung im Januar einzuladen. Er ersucht die Mitglieder der WASG und alle Nichtorganisierten, die am Projekt einer neuen linken Partei in Bremen und einer neuen linken Kraft in der Bürgerschaft mitgewirkt haben und weiter mitwirken wollen, sich in den Wahlkampf einzubringen. Er bittet speziell die Mitglieder der WASG, in Übereinstimmung mit dem Bremer Wahlrecht die Aufstellungsverammlung zu besuchen und personelle Vorschläge zu machen, die dazu beitragen, den Charakter der Liste und des Wahlkampfes als Ausdruck der neuen linken Partei deutlich zu machen.

Die Linkspartei.PDS wird ihrerseits alles nötige tun, um genau dazu beizutragen.

Zusammenstellung: jöd

Tod in Siegburg

Klaus Jünschke

Soziale Verantwortung?

Das Strafvollzugsgesetz stellt in seinem § 2 unter dem Titel „Aufgaben des Vollzuges“ fest: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel).“ Was diejenigen darunter verstehen, in deren Obhut der 20-jährige Herrmann H. am 11. November in der Jugendstrafanstalt Siegburg umgebracht wurde, durften die Gefangenen und wir hier draußen auf der anderen Seite der Gefängnismauern am 17.11. im Kölner Boulevardblatt „Express“ nachlesen: „Erschreckend: Bis heute bekam Marianne M. keinen Anruf aus der JVA, dass ihr Sohn tot ist.“ Auch zwei Tage später wurde keinerlei Verantwortung gesichtet: „Mord im Knast: Keiner übernimmt die Verantwortung. Wegsehen, rumeiern, abtauchen.“ (Express am 19.11.06)

Wenn es im Justizpersonal so an Anstand mangelt, dass es selbst einem Boulevardblatt wie dem „Express“ auffällt, darf man sicher sein, dass wir es hier nur mit der Spitze des Eisbergs zu tun haben.

Wenn es ein echtes Interesse an gründlicher Aufklärung und einem wirklichen Neuanfang gäbe, müsste vonseiten des Justizministeriums an die Medien in NRW die Aufforderung gerichtet werden, ihre besten Leute in die Jugendstrafanstalten zu schicken und ein paar Tage mit den Jugendlichen und Heranwachsenden unbeaufsichtigt über alle ihre Probleme zu sprechen. Es ist geradezu typisch für die seit einer Woche geführte Auseinandersetzung um die Haftbedingungen in den Gefängnissen, dass die Gefangenen allenfalls indirekt zu Wort kommen.

Die schlichte Frage an die Gefangenen, zu welchen Beamtinnen und Beamten sie Vertrauen haben und zu welchen ihre Beziehung eher von Angst und Ablehnung geprägt ist, kann ein realistisches Bild davon vermitteln, dass das Elend hinter Gittern nicht nur von zu wenig Personal, sondern auch von zu wenig gutem Personal produziert wird. Und gerade weil durch das Tötungsdelikt sichtbar wurde, wie desorientiert ein Teil der jugendlichen Insassen der Gefängnisse ist, muss unmissverständlich klargestellt werden, dass diese Jugendlichen nicht JVA-Bediensteten ausgeliefert bleiben dürfen, zu denen sie kein Vertrauen haben.

Anstaltsleiter fordern nach Haftlingsmord zusätzliche Zellen

Berlin (dpa) – Nach dem Mord an einem Häftling im Siegburger Jugendgefängnis hat die Bundesvereinigung der Anstaltsleiter zusätzliche Zellen gefordert.

Um die nächtliche Einzelunterbringung von Gefangenen zu ermöglichen, müsse die Politik „dort, wo es nötig ist, neue Anstalten und neuen Haftraum schaffen“, sagte der Vorsitzende der Vereinigung, Wolfgang Fixson, der „Berliner Zeitung“ (Samstag). Es sei grundsätzlich abzulehnen, nachts mehrere Gefangene in eine Zelle zu schließen.

In dem Gefängnis im nordrhein-westfälischen Siegburg war ein 20-jähriger Häftling von seinen Mitgefangenen stundenlang gefoltert und schließlich getötet worden. Zum Motiv hatte einer der Beschuldigten gesagt, sie hätten „einen Menschen sterben sehen“ wollen.

(General-Anzeiger Bonn, 18.11.2006)

Haft brutalisiert

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum Jugendstrafvollzugsgesetz deutliche Worte gefunden: „Zudem steht der Jugendliche noch in einem Alter, in dem nicht nur er selbst, sondern auch andere für seine Entwicklung verantwortlich sind. Die Fehlentwicklung, die sich in gravierenden Straftaten eines Jugendlichen äußert, steht in besonders dichtem und oft auch besonders offensichtlichem Zusammenhang mit einem Umfeld und Umständen, die ihn geprägt haben.“

Wenn das Umfeld und die Umstände der Straftaten von Jugendlichen das Gefängnis ist, in dem sie sich zum Tatzeitpunkt befanden, sollte nichts geäußert werden, was hinter die vor vierzig Jahren vorgelegte Studie von Erving Goffman zurückfällt. In seinem Klassiker „Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen“ kommt er zu dem Schluss, dass der „wichtigste Faktor, der einen Patienten prägt, nicht seine Krankheit ist, sondern die Institution, der er ausgeliefert ist“. Und: „Diese ‚Gegenwelten‘ zu alltäglichen gesellschaftlichen Welt sind aber in letzter Analyse nur Modelle der Gesellschaft selbst.“

Das Tötungsdelikt sollte andererseits den Blick nicht darauf verstellen, dass ein beachtlicher Teil der Gefangenen direkt von der Straße kommt, aus Milieus, die auf eine Weise von Gewalt und Not geprägt sind, dass einige ihre Verhaftung und das Gefängnis als Erholung erleben. Und dabei geht es nicht nur um die Junkies, die ihre Verhaftung als lebensrettende Maßnahme interpretieren, weil es aufgrund der ignoranten

Drogenpolitik keine andere Alternative gab, um dem Tod noch mal von der Schippe zu springen.

Ein russlanddeutscher Jugendlicher, der die Haftbedingungen in Kasachstan kennen lernen musste, sagte mir im Interview: „Knast in Deutschland ist ein Paradies.“ Es gibt Gefangene, die von ihrem Arbeitsentgelt in der Haft ihre Familie – z.B. in Albanien – ernähren. Ich habe von Eltern von Jugendlichen nordafrikanischer Herkunft gehört, dass sie fassungslos waren, als sie hörten, dass ihr inhaftierter Sohn im Gefängnis Arbeit bekommt und Geld verdienen kann. Für sie ist das Luxus pur.

Überbelegung

In der Auseinandersetzung um die Tötung des zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilten Jugendlichen wird zwar die Überbelegung der Strafanstalten beklagt, aber nicht die Gründe dafür diskutiert. Sie sind aber bekannt: Im Frühjahr 2006 hatte die NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter erklärt, dass zwar in 2005 weniger Menschen zu Haftstrafen als 2004 verurteilt worden sind, aber dies hat nicht zu einem Abbau der Zahl der Gefangenen geführt, weil die Urteile härter geworden sind – es wurden mehr Gefangene zu längeren Strafen verurteilt. Diese Straflust (wie Verfassungsrichter Hassmer diese Law-and-Order-Haltung nennt) ist die Kehrseite des Abbaus des Sozialstaats.

Die anderen Gründe für die Überbelegung der Gefängnisse sind die repressive Migrationspolitik und die repressive Drogenpolitik. Menschen mit Migrationshintergrund und drogenabhängige Menschen sind in den Gefängnissen überrepräsentiert.

Für eine nichtrepressive Drogenpolitik

Der junge Mann, der im Gefängnis vergewaltigt und zu Tode gequält wurde, war drogensüchtig. Deshalb kam es zur Beschaffungskriminalität und in ihrer Folge zur Inhaftierung. Hier in Köln hat der verstorbene Anstaltsleiter Jörn Fögen immer wieder betont, dass er Knastdirektor ist und kein Klinikchef, d.h. die Süchtigen aus seiner Sicht Kranke seien und nicht in das Gefängnis gehören. Gäbe es eine andere Drogenpolitik, könnte er ein Drittel aller Zellen dicht machen.

Von den Polizeichefs aller Großstädte in NRW weiß man seit Jahren, dass sie sich eine andere Drogenpolitik wünschen, damit die Beschaffungskriminalität aufhört. Sie ist nicht repressiv zu stoppen. Das kann jeder in den USA studieren. Hätten wir eine andere Drogenpolitik, wäre der Jugendliche erst gar nicht in Siegburg gelandet.

Gegenwärtig laufen die Modellprojekte mit der Abgabe von Heroin an Süchtige aus und die CDU-Führung in

Berlin ignoriert die Empfehlung auch ihrer eigenen Fachleute, diese Projekte nicht nur zu erhalten, sondern flächendeckend auszuweiten. Damit wird auch ignoriert, dass alle Bemühungen um drogenfreie Gefängnisse doch nur zur weiteren Korruption beitragen. Das schnelle Geld, das im illegalen Drogenmarkt zu verdienen ist, ist das allergrößte Gift.

Und schließlich muss auch betont werden: während ein 20-jähriger Drogensüchtiger wegen seiner kleinen Eigentumsdelikte inhaftiert wird, bewacht die Bundeswehr in Nordafghanistan die größten Mohnanbaugelände, die die Welt je gesehen hat.

Abitur für alle

Aber es sind nicht nur die Süchtigen, die Jugendlichen und Heranwachsenden insgesamt gehören überhaupt nicht ins Gefängnis. Die Komplizenschaft der Kriminologie mit den jeweils Herrschenden hat über ein Jahrhundert lang dazu beigetragen, dass die Ursachen strafwürdigen Verhaltens in den Köpfen von Gefangenen oder in ihren Familien gesucht wird.

Dabei ist alles so einfach: Wenn man feststellt, wer nicht im Jugendknast ist oder allenfalls selten, und das sind beispielsweise Abiturienten, dann kann man doch schlicht fragen, wer oder was in der Lebensgeschichte der Jugendlichen in Haft dafür gesorgt hat, dass sie nicht dabei sind, Abitur zu machen, sondern im Knast sitzen. Wer das wissen will, muss nur genau hinsehen und dieses Interesse haben, Kriminalität als negatives Gut zu verstehen, das zugewiesen wird. Wenn es gelingt, die PISA-Debatte mit der Kriminalisierung von Kindern und Jugendlichen zusammenzuführen, sind wir einen Schritt weiter gekommen. Wer wissen möchte, wo es in Europa einen Umgang mit Jugenddelinquenz ohne Gefängnis gibt, findet Beispiele unter www.jugendliche-in-haft.de.

Vergewaltigung

Es geht natürlich nicht nur um materielle Ungleichbehandlung und Bildungsbenachteiligung, sondern um Macht und Herrschaft. Der getötete Jugendliche ist vergewaltigt worden, und Vergewaltigungen sind in den traditionellen Männerwelten Gefängnis, Militär, Seefahrt usw. keine Seltenheiten. Vergewaltigte Männer sprechen über das, was ihnen angetan wurde, noch weniger als vergewaltigte Frauen. Und wie bei allen Vergewaltigungen geht es bei Vergewaltigungen unter Männern nicht um Sexualität, sondern um Machtausübung. Weil darüber nicht offen diskutiert wird, gibt es in der Gesellschaft



Zelle, hier im Hamburger Gefängnis Billwerder, Bild: jes

keinen Begriff davon, was es bedeutet, dass 95% aller Gefängniszellen mit männlichen Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen belegt sind. Auch die Kriminologie muss nach wie vor als geschlechtsblind bezeichnet werden.

Tatort Zelle

Tatort bei diesem Tötungsdelikt war eine Zelle. Auch davon gibt es in unserer Gesellschaft keinen Begriff, weil es völlig undiskutiert ist, was es bedeutet, dass junge Menschen in einem Raum eingesperrt sind, der auch schon im Kaiserreich, in der Weimarer Zeit und im Nationalsozialismus dazu diente, junge Leute festzuhalten.

Ein schwäbisches Sprichwort sagt, dass der Raum der dritte Lehrer ist, und zwar nach den anderen Kindern und der Lehrerin bzw. dem Lehrer. In der bisherigen Diskussion um die Jugendstrafvollzugsgesetze wird der Raum – also hier die Zelle – in seiner Bedeutung als „Lehrer“ überhaupt nicht reflektiert. Allenfalls hört man Empfehlungen über die Zahl der maximalen Haftplätze in einer JVA oder die Größe von Wohngruppen.

Die Jugendlichen sind in Köln in einem Hochsicherheitsgefängnis untergebracht, das in den 60er Jahren gebaut wurde – lange vor Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes und lange vor der Debatte um die pädagogische und therapeutische Neugestaltung des Jugendvollzuges. Die Diskussion um die Käfighaltung von Tieren ist heute weiter, als es damals die Überlegungen zur Unterbringung von Gefangenen waren. Sie finden daher selbst unter den Menschen, die in der JVA Ossendorf arbeiten, niemanden, der dafür wäre, ein Gefängnis dieser Art noch einmal zu bau-

en. Es ist weder für die Menschen, die dort zwangsweise sind, noch für die Menschen, die dort arbeiten, ein akzeptabler Ort. Die JVA Ossendorf gehört abgerissen. Trotz leerer öffentlicher Kassen muss man sich darüber Gedanken machen. Die Unterbringung in diesen Zellenhäusern ist nicht jugendgerecht und trägt dazu bei, dass sechzig bis achtzig Prozent der Jugendlichen rückfällig werden, dass sie brutalisiert werden. Das ist der „heimliche Lehrplan“ solcher Einrichtungen.

Selbsttötungen von Gefangenen geschehen immer wieder und sind oft nicht mal eine kleine Meldung in der Tagespresse wert. Dass wir in diesem Falle nicht mit Selbstmord abgespeist werden konnten, verdanken wir einem Staatsanwalt, der seine Arbeit getan hat. Das Bundesverfassungsgericht verlangt vom Jugendstrafvollzug Vorkehrungen, die Jugendliche vor wechselseitigen Übergriffen schützen. Eine entsprechende Bestimmung gibt es bisher in keinem der vorliegenden Gesetzentwürfe zu einem Jugendstrafvollzugsgesetz. Dabei heißt es in der Nr. 28 der Regeln der Vereinten Nationen für Jugendliche in Freiheitsentzug: „Dabei ist sicher zu stellen, dass Jugendliche vor schädlichen Einflüssen und gefährlichen Situationen geschützt werden.“ 19.11.2006.

Klaus Jünschke ist Mitarbeiter beim Kölner Appell gegen Rassismus e.V. Er wurde 1977 wegen Mitgliedschaft in der RAF zu lebenslanger Haft verurteilt und 1988 begnadigt. Als Sozialpädagoge betreut er jugendliche Inhaftierte in der JVA Ossendorf in Köln. Verschiedene Veröffentlichungen zum Thema Haft und Migration, siehe auch Website: www.klausjuenschke.de

Wie funktioniert der Kunstmarkt?

Hans Waschkau

Publikationen über Inhalt und Bedeutung von Kunstwerken gibt es zahlreich, Bücher über die Modalitäten des Verkaufs von Kunstwerken dagegen nur selten. Zur letzteren Kategorie gehört das Buch „Wie Kunstwerte entstehen“ von Katja Blomberg (Murmann Verlag GmbH, Hamburg, 2. Auflage 2005; daraus alle Seitenangaben), das anschaulich beschreibt, wie heute der internationale Markt für zeitgenössische Kunst (Malerei, Fotografie und Bildhauerei) funktioniert. Die Darstellung erfolgt dabei aus deutscher Perspektive, also von einem relativ kleinem Teilmarkt aus.

Der Markt für zeitgenössische Kunst ist geprägt von einer „Contemporary-Art-Bubble“ (S. 7), von „einem hyperinflationären Niveau, das besonders junge Künstler in kürzester Zeit hochkatapultiert habe“. Auch wenn die Exponate zeitgenössischer Kunst nicht so hoch gehandelt werden wie ältere Kunstwerke (den Höchstpreis 2004 erzielte ein Bild von Picasso mit 104 Millionen Dollar), so konnten doch 49 Werke im Frühjahr und Herbst 2004 die 1-Millionen-Dollar-Hürde überspringen (S. 10).

Grund für die Hausse sind neue Käuferschichten, die sich sowohl durch den Generationenumschlag unter den Eigentümern wie auch aus Neureichen gebildet haben. Über sie erfährt man in dem Buch einiges: „Wer als Investor bereits genügend Firmen, Immobilien und Autos in seinem Portfolio hat, schaut sich inzwischen im Markt mit aktueller Kunst um. ... Eine neue Erbgeneration sucht Sachwerte mit Ästhetik und Genuss zu verbinden und schnitzt am individuellen Image.“ (S. 7)

Insbesondere die neue, jüngere Käuferschicht kann sich mit der zeitgenössischen Kunst identifizieren: „... sie erwirbt, was jetzt im Angebot ist: augengerechte Frischware der Jahrgänge ab 2000, Malerei, die nicht selten mit kommerziellen Strategien konspiriert und im Rhythmus des Rave swingt oder romantisch gestimmt dem sozialistischen Realismus frönt und, wie bei dem Leipziger Maler und Szenestar Neo Rauch, Science-Fiction und Comic kurzschließt oder, bei dem ebenfalls aus Leipzig stammenden Norbert Bisky, Bilder voll schriller Schönheit in leuchtfarbenen Realismus produziert, die auf Zukunft gestimmt sind.“ (S. 12f.)

Die Vermarktungsstrategien für zeitgenössische Kunst haben sich an die

neuen Kunstkäufer angepasst. Auktionen sind als Vertriebsweg relativ neu: „Vor zwanzig Jahren war es noch unüblich, dass Künstler und Galeristen Ware bei den Auktionshäusern einlieferten, die weniger als zehn Jahre alt war“ (S. 12). Heute hat sich diese Verkaufsform an die Bedürfnisse der neuen Käufer-schicht angepasst: „Bei der Auktion genießt sie auch den Kick, wenn in der angespannten Atmosphäre der Hammer zu ihren Gunsten fällt. Im noblen Ambiente der internationalen Auktionshäuser wird die Kunst opulent in Szene gesetzt, damit Träume und Sehnsüchte wachsen und die Risikofreude der Sammler dermaßen steigt, dass sie fast jeden Preis zu zahlen bereit sind ... Wer sich auf Auktionen Werke dieser Preisklasse leistet, genießt die noble Atmosphäre der herrschaftlichen Residenzen, in denen die meisten Auktionshäuser ihre Niederlassungen in bester Citylage unterhalten. Hier werden gesellschaftliche Ereignisse inszeniert und Träume kreiert. Hier versichert man sich der eigenen Klasse durch den Konsum von Kunst-Luxusgütern. Mit der Liebe zur Kunst hat das nicht unbedingt etwas zu tun. Die Werte, die in diesem Rahmen entstehen, sind vor allem Tauschwerte für Kunst-Markennamen, für die unter hohem Spekulationsdruck deutlich überhöhte Preise bezahlt werden.“ (S. 14) Dem Internet fehlt übrigens dieses Ambiente – vielleicht hat es sich deshalb bisher fast gar nicht als Plattform für Auktionen durchsetzen können. Als Werbemittel für Galerien sowie für einzelne Künstler ist es mittlerweile allerdings unverzichtbar geworden.

Wie die Auktionen befindet sich auch die Vertriebsform Galerie im Umbruch: „Dem herkömmlichen Galerieunternehmer, der wie ein Einzelhändler mit seinen Künstlern Höhen und Tiefen durchlebt, Sammler und Sammlungen sorgfältig über lange Zeiträume aufbaut und auf Messen den persönlichen Austausch mit einem internationalen Publikum sucht, stehen Großkunsthandlungen mit zahlreichen Angestellten gegenüber, die neben ihren langfristigen Kunden ein immer zahlreicheres Laufpublikum bedienen und dafür gezielt neue Standorte wählen.“ (S. 17) Diese effiziente internationale Kettenbildung zieht „eine gewisse Konformität“ nach sich. „Weltweit spielen im Markt nur rund drei Dutzend Künstler-namen eine Rolle. Sie bedienen vorrangig ästhetische Bedürfnisse eines breiten Käuferkreises, und ihr Erfolg besteht vornehmlich darin, dass Künstler und Galeristen auf ständig ausverkauf-

te Ateliers verweisen können. Das ermöglicht ihnen eine gewisse Freiheit in Bezug auf die Preisbildung, aber über die Qualität der Kunst sagt es wenig.“ (S. 15)

Auf den wichtigen internationalen Kunstmessen in Madrid, Berlin, London, Moskau, Tokio, Basel oder Miami sind vor allem die international präsenten Galerien vertreten. Den Kunstmessen „Art Forum“ in Berlin und vor allem der „Frieze Art Fair“ in London ist es gelungen, diese etwas angestaubte Verkaufsform durch mehr Offenheit, Zusatzausstellungen, Podiumsdiskussionen und Besucherfreundlichkeit aufzufrischen (S. 39). Sie haben dazu beigetragen, dass es „unter jungen Leuten wieder schick geworden ist, bei Kunstmessen und coolen Galerieeröffnungen dabei zu sein“ (S. 41).

Die Form, wie zeitgenössische Kunstwerke vermarktet wird, hat Rückwirkungen auf diese Kunst: „Bereits im Sommer 2002 wies der Kunsttheoretiker Boris Groys in einem Aufsatz darauf hin, dass beim Kunsterwerb die Geschmacksfrage wichtiger geworden sei als die Auseinandersetzung mit den tieferen Inhalten der Objekte. In dieser Situation sei es nur noch eine Frage des ‚Preises, den man bereit ist, für die Befriedigung seines Geschmacks zu zahlen‘. Auf dem heutigen Markt, meint Groys, tritt Kunst in erster Linie als Werk und nicht mehr als Aussage auf, Oberflächen und Markennamen interessieren mehr als die transportierten Gedanken und Botschaften. Als Folge dieser Entwicklung in Richtung Unterhaltungsindustrie sinke die Qualität und zugleich drohe der kleine Markt mit Kunst unter der ungleich stärkeren Finanzkraft der überall präsenten Event-Maschinerie zu ersticken. Hier lägen Probleme, die vor allem gute und nicht so leicht konsumierbare Werke noch mehr ins Abseits treiben. Dabei leistet allein diese Kunst ‚einen autonomen Beitrag zum aktuellen Kunstdiskurs‘, meint Groys.“ (S. 41f)

Die Käufer von Kunstwerken lassen sich von unterschiedlichen Interessen leiten. Die Autorin Katja Blomberg unterscheidet gewiefte Spekulanten (S. 25) sowie „Kunstflaneure, die nicht mehr wollen als genießen und die eigenen Wände mit ein paar guten Bildern dekorieren“, von Sammlern, die häufig „bis ans Limit ihrer finanziellen Möglichkeiten“ gehen (S. 34), weil für sie Kunst etwas zwischen Leidenschaft und Sucht ist. „Die Gewissheit, dass überall und permanent Neues entsteht, dass an verborgenen Orten Kunstwerte fabriziert werden, die ins rechte Licht

gerückt, wertvolle Früchte tragen können, elektrisiert diese Zeitgenossen mehr als alles andere.“ (S. 33)

Menschen, die gerne zeitgenössische Kunst sammeln würden, aber nicht wissen wie und daher Rat brauchen, sind für die Autorin die Wunsch-Leser, wie schon aus dem Vorwort hervorgeht (S. 8). Die Darstellung von Sammlern und deren Konzepten nimmt daher in dem Buch viel Raum ein. Sie ermöglicht es anderen Lesern, sich ein Bild davon zu machen, um was für Menschen es sich dabei handelt. Über deren soziale Herkunft gibt eine Anmerkung über den Sammler Schürmann Auskunft, der „als Hochschulprofessor der einzige unter den großen deutschen Sammlern ist, der nicht über ein Erbe oder ein eigenes Unternehmen verfügt“.

Über Geld wird im Kunsthandel selten offen gesprochen. Eine Ausnahme ist der Kapitalberater Axel Haubrok, der offen über dieses wichtige Motiv für das Sammeln redet: „Er winkt nicht gleich ab, wenn das Gespräch auf die finanzielle Seite des Vergnügens kommt. Haubrok hat keine Angst zuzugeben, dass es ihn freut, wenn Preise für Werke, die er früher erworben hat, anziehen. Er sieht darin seine Entscheidungen im Nachhinein bestätigt.“ (S. 27) Seine Sammlung wurde 2001 im Museum Abteiberg in Mönchengladbach ausgestellt, womit ein weiteres Motiv von Sammlern deutlich wird: „Insgeheim fragt man sich, ob manche nicht nur dieses öffentlichen Auftritts wegen überhaupt zum Sammler werden. Weniger, um ihren wertvollen Besitz vorzuzeigen, sondern vor allem, um ihre Entscheidungsfreude in einem Feld zu bekunden, in dem sie, nach Meinung ausgebildeter Kunstwissenschaftler, nur dilettieren.“ (S. 25)

Die Sammlerin Ingvild Goetz – Miterbin eines großen norddeutschen Unternehmens – stellt ihre Sammlung in einem eigenen Museum im Münchner Norden aus. Ihr Ratschlag an Leute, die sammeln möchten: „Erst mal nur gucken, gucken, gucken.“ ... Eine geistige Basis muss geschaffen werden, und die legt ein neuer Sammler am besten, indem er jede Möglichkeit nutzt, Ausstellungen zu besuchen. Jeder Neuling muss erst einmal lernen hinzuschauen und sehen, was los ist. Dabei kann der angehende Sammler für sich ein kleines Konzept entwickeln“ und mit Galeristen besprechen, die offen genug sind, „das persönliche Konzept zuzulassen und eine neue Sammlung mitzudenken“. (S. 51) Dieser Rat deutet an, wie selten sich Kunstsammler von eigenem Urteilsvermögen leiten lassen.

Der Sammler Friedrich Christian Flick ist umstritten, da sein „Großvater, Friedrich Flick, als Industrieller aktiv Adolf Hitlers Kriegsmaschinerie unterstützt, Zwangsarbeiter ausgebeutet und aus dem Dritten Reich Profit geschla-



Neo Rauch, „Füller“, 1999, Öl auf Papier, 214 x 148 cm

Im Katalog zur Ausstellung „zurück zur figur – malerei der gegenwart“ in der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München (Sommer 2006) wird die Wirkung der Bilder Neo Rauchs auf folgende Weise beschrieben. „Neo Rauchs unverwechselbare, individuelle und spannungsgeladenen Bildfindungen rufen bei Betrachter ein Déjà-Vu-Erlebnis hervor; gleichzeitig aber geben sie ihm Rätsel auf: Der Künstler stellt in seinen großformatigen Gemälden Fragen, verweigert aber gleichzeitig die Antworten, wenn er vom Entstehen ‚innerer Bilder‘ spricht ...“ Katja Blomberg berichtet, dass es 2004 zwar offiziell Wartelisten gab, „im Herbst 2004 waren aber immerhin 18 Gemälde von Neo Rauch auf dem freien Markt zu haben ... Offensichtlich konnten die Besitzer der Verlockung nicht widerstehen, die Preissteigerungen auf den New Yorker Herbstauktionen 2004 als Rendite mitzunehmen – schließlich wurden bei Christie’s für ein Gemälde von Neo Rauch mit den Maßen 100 x 70 cm aus dem Jahre 2000 186.700 Dollar gezahlt.“ (S. 163f)

gen“ hatte (S. 57). Diese Verbrechen haben starken Anteil an den circa 100 Millionen Mark, mit denen der Enkel 1975 aus dem Flickkonzern ausgeschieden war und die den Grundstock seines Vermögens und damit auch seiner seit Mitte der 1980er Jahre aufgebauten

Kunstsammlung bildeten. In Zürich, wo der Flickenkel lebt, verhinderte deshalb öffentlicher Widerstand den Bau eines eigenen Museums für die Sammlung.

Am Beispiel Friedrich Christian Flick wird das Verhältnis von Museen und Sammlern problematisiert. Flick, der

sich zwar stets geweigert hat, in den Stiftungsfonds der deutschen Wirtschaft für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter einzuzahlen, in Potsdam dann aber eine mit fünf Millionen Euro ausgestattete „Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz“ gründete (S. 55), konnte die Stiftung Preußischer Kulturbesitz dafür gewinnen, ihm in Berlin die Rieck-Hallen neben dem Museum Hamburger Bahnhof und das Museum für Gegenwart für die Ausstellung seiner Sammlung zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für den Fonds bringt dies locker wieder rein. „Bei der Präsentation in einem Museum steigt der Wert eines Kunstwerks schon allein deshalb, weil ihm durch das Urteil von Kunsthistorikern eine wissenschaftliche Expertise zuteil wird, die bereits mit der ausgesprochenen Einladung gratis mitgeliefert wird. Da in den Verträgen mit der Sammlung Flick das Veräußern von Kunstwerken während der Ausleihzeit ausdrücklich möglich ist, könnte der Sammler die Plattform des Berliner Museums im Nachgeschäft auch kommerziell nutzen.“ (S. 63f)

„Heute ist es in Deutschland fast schon üblich geworden, dass die Museen den Privatsammlern ihre gesamte Infrastruktur zur Verfügung stellen, damit die Öffentlichkeit zeitgenössische Kunst im größeren Umfang sieht, wie es immer wieder offiziell heißt. Proportional zum Wertzuwachs der privaten Sammlungen an diesen öffentlichen Orten nehmen Einfluss und Macht der Museen in einem solchen System jedoch rapide ab. Direktoren müssen sich daher

durch Verträge eindeutig gegen Vereinbarung wappnen, wenn sie nicht die Unabhängigkeit ihrer Institution und deren Autorität im Kunstbetrieb aufs Spiel setzen wollen.“ (S. 66)

Gerade die Werke von Künstlern, die Flick sammelt, haben auf dem boomenden Markt weiter Erfolg. „Die alte Frage ist auch auf dem Kunstmarkt interessant: Wer war zuerst da, die Henne oder das Ei? Hat Flick durch seine Großeinkäufe den Markt so geprägt, dass aus den jungen Künstlern, die er sammelte, heute Stars der Szene geworden sind? Hat er sich in feudalistischer Art geradezu seinen eigenen Markt geschaffen, in dem Künstler und Händler von seinen Einkäufen massiv profitieren und die konkurrierende Sammlerschaft wegen Flicks Großeinkäufen höhere Preise für ein verknapptes Angebot bieten muss? ... Oder ist Flick wirklich der hellsichtige Sammler, der Talente eindeutig und früh erkennt?“ (S. 60)

Sammler müssen aber nicht unbedingt einzelne Personen sein. „Auch Käufergemeinschaften interessieren sich als Fondsgesellschaften für die Künste der Gegenwart – wenn sie gut und teuer sind und satte Wertzuwächse versprechen.“ (S. 7) Zu erkennen geben sich solche Fondsgesellschaften in der Öffentlichkeit aber nicht. Ein Beispiel dafür könnte die „Pisces-Collection“ sein, die von dem Kunsthistoriker und Auktionator Simon de Pury aufgebaut und im Donaueschinger Schloss, dem Stammsitz des Erbprinzen Heinrich zu Fürstenberg, ausgestellt wurde. Der oder die namenlosen Inhaber profitierten von den sich daraus ergebenden

Wertzuwächsen, wobei „das geschickt eingefädelte anonyme Geschäft ... eher einem smarten Fonds entspricht als einer kultivierten und mühevoll zusammengetragenen Kunstsammlung“. (S. 73)

Katja Blomberg behandelt in ihrem Buch noch eine Reihe weiterer spannender Themen. So z.B. den Aufstieg der Fotografie zu einer Kunstform, deren Exponate mittlerweile teuer gehandelt werden. Sie stellt Galeristen vor, die dazu beigetragen haben, dass Berlin zum bedeutendsten Kunststandort in Deutschland (neben Köln bzw. dem Rheinland) aufgestiegen ist. Beeindruckend und auch bedrückend ist die Schilderung der Depots, in die Kunstwerke weggesperrt werden, nachdem sie von einem Sammler erworben wurden. Beschrieben wird die – abnehmende – Bedeutung der Kunstkritik in überregionalen Zeitungen sowie die – zunehmende – Bedeutung der Kuratoren.

Bei der Behandlung der vielen interessanten Einzelthemen gerät ein wenig in Vergessenheit, dass die Autorin in den ersten Kapiteln ihres Buches eine handfeste Krise der Bildenden Kunst festgestellt hatte. In ihrem Schlusswort kommt sie darauf zurück. Anscheinend glaubt sie, dass sich die Krisenerscheinungen der zeitgenössischen Kunst beheben lassen, wenn Sammler mit mehr Sachverstand ihrer Leidenschaft nachgehen. Ob das ausreicht? Das Problem, dass Künstler vor allem für einen kleinen, kapitalkräftigen Sammlerkreis produzieren und sich deshalb in ihren künstlerischen Möglichkeiten einschränken, wird so nicht gelöst.

Presseberichte

Kunst: Auktion erzielt Rekordergebnis

Bei einer Auktion zeitgenössischer Kunst ist am Mittwochabend bei Christie's in New York mit fast 240 Millionen US-Dollar ein Rekordergebnis erzielt worden.

Berlin/New York – Den höchsten Preis erreichte laut Christie's das Bild „Untitled XXV“ von Willem de Kooning, das für 27.120.000 US-Dollar (21.153.600 Euro) verkauft wurde. Von den deutschen Werken erzielte Matthias Weischers Bild „Untitled (Interior)“ mit 441.600 US-Dollar (344.636 Euro) einen neuen Rekord für den Künstler.

Anselm Kiefers Bild „Balder's Träume“ wechselte für 1.360.000 US-Dollar (1.061.380 Euro) den Besitzer. Von Gerhard Richter wurden gleich drei Bilder verkauft: „Herr Heyde“ für 2.816.000 US-Dollar (2.197.682 Euro)), „Der Tisch“ für 3.376.000 US-Dollar (2.634.721 Euro) und „The River“ für 4.160.000 US-Dollar (3.246.575 Euro). Die Mehrheit der Käufer kam mit rund 65 Prozent aus den USA. (tso/ddp)

(Zeit Online, 16.11.06)

Kunstauktion in New York

Straßenszene für 30 Millionen Euro

Das berühmte Bild von Ernst Ludwig Kirchner ist an eine Galerie in Manhattan versteigert worden. Die Stadt Berlin hatte das wertvolle Gemälde im Juli an die Erben eines jüdischen Kunstsammlers zurückgegeben.

Das Bild „Berliner Straßenszene“ (1913) von Ernst Ludwig Kirchner ist nur wenige Monate nach der Rückgabe an die jüdischen Erben in New York für umgerechnet 30 Millionen Euro versteigert worden.

Allerdings ging das Schlüsselwerk des deutschen Expressionismus bei der Auktion von Christie's in der Nacht zum Donnerstag nicht – wie von vielen Kunstfreunden befürchtet – an einen Privatmann. Es wird vielmehr künftig in der Neuen Galerie für deutsche und österreichische Kunst an der Fifth Avenue in Manhattan zu sehen sein.

Die Stadt Berlin hatte das wertvolle Gemälde im Juli an die Erben eines jüdischen Kunstsammlers zurückgegeben, weil dessen Familie es möglicherweise unter dem Druck der Nazis hat-

te verkaufen müssen. Die Entscheidung war bei Kunstfreunden und Museen in Berlin auf heftige Kritik gestoßen.

Für Aufsehen hatte zuvor die Entscheidung von Christie's gesorgt, einen auf bis zu 60 Millionen Dollar geschätzten Picasso wegen seiner ungeklärten Geschichte in der NS-Zeit in letzter Minute von der Auktion zurückzuziehen.

Eine deutsch-schwedische Erbengemeinschaft hatte kurz zuvor angekündigt, die Besitzfrage weiter gerichtlich klären zu lassen. Christie's und der derzeitige Eigentümer, die Kunststiftung des britischen Musikkomponisten Andrew Lloyd Webber, erklärten daraufhin „mit großem Bedauern“ den Verzicht auf eine Versteigerung zum jetzigen Zeitpunkt.

Trotzdem konnte Christie's am Mittwochabend insgesamt 491 Millionen Dollar umsetzen. Beim Konkurrenten Sotheby's waren es tags zuvor nur knapp 240 Millionen Dollar gewesen.

(Süddeutsche Zeitung, 7.11.06)

Linke Winterschule 2007: Bitte anmelden!

Kurs Wirtschaft: Wirtschaft und Verkehr – Wirtschaften im Raum. – Arbeitsteilung und Wirtschaften im Raum ist das (gelegentlich heiß umstrittene) Thema des kommenden Wirtschaftskurses. Streitthemen wie der Transport von Blumen per Flugzeug aus Afrika zum Verkauf nach Europa fallen da sofort vielen ein, aber auch umstrittene Autobahn- und Bahnprojekte hierzulande.

Welche ökonomischen Theorien über die Vor- und Nachteile von Verkehr gibt es, welche Regeln gelten für die wirtschaftliche Beurteilung von Verkehrsprojekten? Wie immer wollen wir beginnen mit klassischen Schriften der Ökonomie, in diesem Fall mit der Theorie des Johann Heinrich von Thünen und seinen „Thünenschen Kreise“, die heute als grundlegend für alle Theorien zum Thema „Wirtschaften im Raum“ bzw. „Arbeitsteilung in großen und kleinen Wirtschaftsräumen“ gelten. Außerdem wollen wir uns befassen mit geschichtlichen Beispielen zur Entwicklung von Verkehrswegen und Märkten, unter anderem anhand von Auszügen aus zwei Büchern von Fernand Braudel über Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts: „Der Alltag“ und „Der Handel“. Danach geht es in die Sachthemen heute:

Wir befassen uns mit dem Bundesverkehrswegeplan und den von der EU geförderten „europäischen Netzen“, welche Verkehrsvorhaben darunter fallen und welche wirtschaftlichen Erwartungen und wohlfahrtstheoretischen Begründungen für diese Verkehrsplanungen im politischen Raum vorgebracht werden.

Kurs Kulturwissenschaften: Weltgesellschaft? – Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Sommerschule haben sich Fragenstellungen aus folgendem Themenkreis ergeben: Unter welchen Bedingungen kann eine Weltgesellschaft, in der es gerecht zugeht, entstehen? Kann sie entstehen, wenn bestimmte Nationen oder Völker daraus ausgeschlossen sind? Wie müssen Interventionen bewertet werden? Welche Rolle spielt die Herausbildung der Metropolen? In welchem Verhältnis steht die EU (einschließlich ihrer komplizierten Verfassungsdiskussion) zur Weltgesellschaft? Welche Rolle spielen die sogenannten lateralen Weltsysteme (z.B. in Form der NGOs)? Welche Bedeutung haben Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in diesem Prozeß? Besteht eine Weltgesellschaft bereits oder fehlen dafür grundlegende Voraussetzungen? Welche Punkte wir im Winter behandeln werden, ist noch nicht entschieden. – Die Auswahl geeigneter Texte ist noch in Arbeit.

Allgemeine Infos: Die Winterschule findet vom **4. bis 7. Januar 2007** wie schon im Sommer diesen Jahres in Thüringens Landeshauptstadt **Erfurt** statt. In der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir wieder, in der „Jugendherberge Klingenstraße“ übernachten wir wieder. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 – 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, nehmen die B4 bis zum Stadtring, biegen links in die Schillerstraße (B7) und achten dann auf die Ausschilderung JH. **Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension** betragen 26 Euro pro Person und Tag. Am Anreisetag wird es ein Abendessen, an den beiden folgenden Tagen jeweils ein Mittagessen geben.

Da wir als Gruppe angemeldet sind (günstigere Tarife), müssen wir bis zum 1. Dezember die genaue Anzahl der Teilnehmer melden. Bitte meldet euch deshalb rechtzeitig und verbindlich bis zum 30. November an bei:

GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider, Tel. (040) 43 18 88 20, Fax (040) 43 18 88 21, Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
2009	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemberg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quellen: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>

1 bis 3. Dezember Köln. Bundesdelegiertenkonferenz B90/Grüne. Unter anderem Vorstandswahlen.

1./2. Dezember. Berlin. 12. Kongress Armut und Gesundheit Präventionen für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit. Veranstalter: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Näheres: www.gesundheitliche-chancengleichheit.de

2. Dezember. Essen. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Nordrhein-Westfalen.

3. Dezember. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Schleswig-Holstein.